

Deutsche Allgemeine Zeitung.

* Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesch! *

Dienstag,
4. November 1879.
Insetseite
Sind an die Expedition in
Leipzig zu leihen.
Insetionsgebühr
für die Spaltenzeile 20 Pf.
unter Eingangs 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 1. Nov. Sr. Maj. gedekte Corvette Bireta, 19 Geschütze, Commandant Kapitän zur See Brixow, ist am 29. Oct. von Plymouth nach Madeira in See gegangen.

* Straßburg i. E., 1. Nov. Die Reichstagsabgeordneten Bezzanion, Dollfus, Germain, Gras, Guerrier, Heckmann-Stinny, Jaunay, Schmitt-Batiston, Simonis und Winterer erlassen heute in dem hier erscheinenden Elsässischen Volksblatt einen Wahlaufruf an die Gemeinderäthe als die Urwähler zum Landesausschüsse. In dem Wahlaufruf wird erklärt, daß der Wahlmodus, den sie bekämpft hätten, weil er im Lande neu sei, nicht den Ideen und Gewohnheiten entspreche, die Rechte des Landesausschusses seien unvollständig. Indeh könnte der Landesausschuss allein auf die Regierung des Landes einen Einfluß ausüben, habe eine Stimme in Bezug auf die Landesgesetze und das Budget und könne in wichtigen Angelegenheiten seine Wünsche aussprechen. Die genannten erklären schließlich, daß sie sich als Wahlcomité vereinigt hätten und fordern die Gemeinderäthe auf, nur unabhängige Wahlmänner zu bezeichnen.

* Wien, 2. Nov. Die Montags-Revue bezeichnet die von den Blättern über eine bevorstehende Ergänzung des Cabinets gebrachten Meldungen als Erfindungen und bemerkt, die parlamentarische Situation lasse diejenige Ergänzung des Cabinets, welche dem Ministerpräsidenten Taaffe als wünschenswert gelte und seinem Programm homogen sei, vorerst als unzumutlich erscheinen. — Der demnächst zur Veröffentlichung gelangende Steuerausweis wird bei den directen Abgaben ein kleines Minus, bei den indirecten Abgaben abermals ein erhebliches Plus vom Vorjahr gegenüber constatiren.

* Innsbruck, 2. Nov. Heute ist hier unter Theilnahme der Behörden und unter großem Andrang der Bevölkerung die erste protestantische Kirche in Tirol feierlich eingeweiht worden.

Genua, 2. Nov. Sobald die Königin Margherita, die augenhörlich einen leichten Fieberanfall zu überwunden hat, wieder völlig hergestellt ist, stattet das italienische Königspaar dem deutschen Kronprinzenpaare in Pegli einen kurzen Besuch ab und geht dann nach Rom. Unser Kronprinz war gestern Vormittag in Genua und machte nachmittags mit Frau und Kindern und dem Grafen Sedendorf eine Ausfahrt. Er kaufte in dem eben eröffneten genauer Saloon das Bild Degasoff's: Versagliere. (D. M.-Bl.)

* Madrid, 2. Nov. Die Verbindungen zwischen Valencia und Barcelona sind wiederhergestellt. Die ungünstige Witterung dauert noch immer fort, am Wasserspiegel des Ebro ist jedoch jetzt ein erhebliches Sinken wahrzunehmen.

* Athen, 1. Nov. Die Kammer ist heute mit einer Thronrede eröffnet worden. Letztere betont, daß

die griechische Grenzfrage nunmehr einer Erörterung unterzogen wird, und spricht die Hoffnung aus, daß diese Frage unter dem Beistand der Mächte endlich eine befriedigende Lösung finden werde. Zugleich empfiehlt die Rede eine militärische Ausbildung des Volkes.

* Athen, 1. Nov. Die Thronrede bei der heutigen Eröffnung der Deputirtenkammer constatirt ferner die bei den allgemeinen Wahlen bewiesene Ordnung und Loyalität, durch welche das Vertrauen des Königs zur Nation gerechtfertigt sei, und betont die zu den auswärtigen Mächten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Die Regierung lasse es sich ernstlich angelegen sein, die Bestimmungen des Berliner Congresses hinsichtlich der griechischen Frage zu verwirklichen; von Tag zu Tag nehme die Höhung der internen Fragen einen glattern Verlauf. Ich bin überzeugt, schließt der König, daß die bedeutenden Interessen der benachbarten Staaten und der Beistand der Signataräte die eingeleiteten Unterhandlungen zu einem glücklichen Abschluß führen werden, welcher die Absichten des Congresses verwirklicht. Griechenland muß sich aber auch mit der Ausbildung der Armee beschäftigen, denn das wesentlichste Element, welches die Stellung eines Volkes bestimmt, ist seine Stärke.

* Washington, 1. Nov. Die Staatschuld der Vereinigten Staaten hat im Monat October um 10,353000 Doll. abgenommen. In der Staatskasse befanden sich ultimo October 229,845000 Doll. in Gold.

Leipzig, 3. November.

Der preußische Landtag ward von Sr. Maj. dem Kaiser und König in Person eröffnet, dessen frisches, kräftiges Aussehen bei dieser Feier allseits mit großer Beifidigung und Freude bewundert ward.

Die Thronrede war wesentlich geschäftlicher Natur. Nur am Schlusse betonte sie den Wunsch und die Hoffnung des ungestörten Friedens „auch“ im Innern, womit zugleich indirect die Zuversicht einer gleichen Erhaltung des Friedens nach außen, des europäischen Friedens, ausgesprochen war.

Näherte Andeutungen über die auswärtige Politik hat die Thronrede sich wol deshalb versagt, weil diese auswärtige Politik Sache des Reiches und folglich auch nicht der preußischen Landesvertretung, sondern des Deutschen Reichstages ist.

Wenn man ferner von manchen Seiten eine Bezugnahme in der Thronrede auf den Stand der Verhandlungen mit Rom vermisst hat, so erscheint uns dieses Schweigen als ein günstiges Zeichen dafür, daß keinesfalls die preußische Regierung gewillt ist, von dem gesetzlichen Standpunkte, den sie der Römischen Curie gegenüber einnimmt, zurückzugehen, da sonst Änderungen der betreffenden Gesetze hätten angekündigt werden müssen.

Im preußischen Abgeordnetenhouse haben sich be-

reits die Parteien — auslaßlich der Präsidentenwahl — gemessen. Das feste und loyale Zusammengehen der beiden gemäßigten Mittelparteien bei dieser Gelegenheit läßt für eine immer engere Verbindung derselben das Beste hoffen, wenn auch das Gericht von einer versuchten förmlichen Verschmelzung („Fusion“) beider vorzeitig war und ein solcher Versuch selbst vielleicht zur Zeit noch verfehlt sein möchte. Was die conservativ-klerikale Mehrheit betrifft, so ist ihr Einigungspunkt eigentlich nur der gemeinsame Haß gegen die Liberalen, da im übrigen ihre Interessen nicht durchaus die gleichen sind. Eine solche künftliche Coalition hat noch nirgends auf die Länge sich zu halten, vollends einen großen parlamentarischen Körper zu beherrschen vermöcht.

Die Darlegung der Finanzlage Preußens im Abgeordnetenhouse durch den neuen Finanzminister Bitter brachte die zwar nicht unerwartete, aber unerfreuliche Gewissheit eines nicht unbedeutenden Ausfalls in der Bilanz der Ausgaben und Einnahmen des Staates. Die Regierung gedenkt diesen Ausfall durch eine Anleihe zu decken. Es hat dies insofern etwas für sich, als der Ausfall wesentlich mit veranlaßt ist durch die Ausgaben für productive Anlagen des Staates, die bei der augenblicklichen Conjectur sich nicht selbst übertragen, bei der zu hoffenden Wiederkehr besserer Zeiten dagegen einen Überschuss zu geben versprechen, der zur Abtragung jener jetzt contrahirten Schuld verwandt werden kann.

In Preußen ging abermals ein Ministerwechsel vor sich, der indeh mit der Politik nichts zu thun hat. Der um die Rechtsgelehrung und Rechtspflege erst in Hannover, dann in Preußen, zuletzt im Deutschen Reiche so vielfach hochverdiente Justizminister Dr. Leonhardt trat, nachdem die großen Justizgesetze, die vorzugsweise mit sein Werk waren, glücklich ins Leben eingeführt sind, in den Ruhestand, um seiner angegriffenen Gesundheit wieder aufzuholen. Sein Nachfolger ist der bisherige Vorsthende des Reichs-Justizamtes, Staatssekretär Dr. Friedberg, ebenfalls eine im Justizwesen bereits erprobte und bewährte tüchtige Kraft. Ob die dadurch angebaute Verbindung des Reichs-Justizamtes mit dem preußischen Justizministerium weiter ausgebildet und festgesetzt werden wird, scheint noch nicht gewiß.

In Baiern hat nun auch der Reichsrath dem Vorschlage der Regierung wegen Erhöhung der Malzsteuer beige stimmt. Ein Antrag auf Wiedereinführung der obrigkeitlichen Taxen auf Lebensmittel (Brot- und Fleischtaxen) ward zwar von der Volkskammer angenommen, doch erklärte die Regierung sich nicht für geneigt, demselben zu willfahren.

Im österreichischen Reichsrathe fanden während der verlorenen Woche die Adressverhandlungen in beiden Häusern statt. Dieselben waren namentlich im Abgeordnetenhouse ziemlich lebhaft. Verfassungstreue und Autonomisten ließerten sich Schlächten. Das End-

Die christlich-sociale Arbeiterpartei.

Am 1. Nov. fand wieder eine Versammlung oben genannter Partei in Berlin statt. Der erste Redner war Dr. Stöcker:

In längerer Rede schilderte er die Reformation in ihrer Beziehung zur sozialen Frage, zeigte, wie die Reformation nicht nur der Schrei eines ethischen deutschen Gewissens nach dem Frieden mit Gott gewesen, sondern wie mit ihr alles, was den Menschen umgibt, Staat, Kunst, Wissenschaft, rege geworden, wie seit jener Zeit der Gedanke einer wissenschaftlichen Weltwirtschaft, einer sozialen Frage entstanden sei, gerade der Protestantismus infolge dessen, mit einziger Ausnahme von Frankreich, die betroffamsten, wertätigsten Nationen erzeugt, weil in ihm am meisten der freie Geist der Persönlichkeit, der Wettkampf der Erwerbung, die berechtigte Konkurrenz lebendig wurde. Sehr freilich sei es dem zu viel geworden, die Industrie sei der Religion vorausgegangen und siehe nun der Lösung der sozialen Frage hilflos gegenüber, der Lösung, die erst gefunden werden könne, wenn die moderne Welt wieder die Religion als festes Fundament erkannt hat.

Zu einer persönlichen Bemerkung meldet sich Dr. Dagobert Joseph (Israelit). Er sei zweimal bei den Christlich-Socialen gewesen, um sich zu überzeugen, ob man wirklich hier Judentheorie treibe. Er habe dies nicht gefunden. (Bravo! Oho!) Dr. Stöcker erscheine ihm viel zu sehr von seinem Beruf durchdrungen, der Menschenliebe, nicht Menschenhass predigt. (Bravo!) Stöcker wolle nicht die Religion des Menschen, sondern den Menschen selbst prüfen. (Bravo!) Wir wollen alle Deutsche, alle brave Menschen sein (Bravo!), und Dr. Stöcker hat uns selbst seine Brüder genannt (Bravo!), ich möchte daher meine Glaubensgenossen bitten, mit der Rederei gegen Hrn. Stöcker aufzuhören.

Prediger Diestelkamp:

Ich bin der festen Überzeugung, daß solche Worte, wie sie eben gesprochen, mit dazu beissen werden, die mäßigen Angriffe, die gegen Hrn. Stöcker von verschiedenen Seiten gerichtet sind und noch täglich gerichtet werden, zu verrin gern. Ich bin überzeugt, daß Dr. Stöcker die, die ihn angegriffen, nicht einmal verachtet, sondern daß er das tiefste Mitleid mit diesen Menschen hat. (Bravo!)

Dr. v. d. Marwitz:

Ein großer Reformator, ein neuer Luther ist erstanden, der ebenso wie dieser Politik und Religion mit seinem Verstande zu verbinden weiß, das ist unser Stöcker. (Stürmischer Beifall, der das Gelächter der Minorität unterdrückt.) Die Rede unseres Stöckers gegen die Juden hat eine ähnliche Wirkung hervorgerufen wie die Theben Luthers (Sehr wahr!) mit Windeseile ist sie in alle Welt verbreitet, in fremde Sprachen ist sie übersetzt. Stöcker ist aber auch insofern ein Luther unserer Tage, als er sich nicht vor Menschen fürchtet, nicht vor Zeitungen, die ihn verleumden und seine herlichen und schönen Worte in den Schmutz zu treten suchen. (Psalm!) Ich bitte Sie, einzustimmen in ein breisches Hoch auf den Luther der Neuzeit, den Reformator Stöcker. (Die Versammlung kommt dieser Aufforderung nach.)

Dr. v. d. Decken:

Dr. Stöcker hat uns zum Frieden gemahnt, beherzigen wir das! Wir haben in letzter Zeit manches gehört, was nicht einem Christen entspricht, ich erinnere nur an die lezte Sonntagsversammlung, an unsern Beschluss, einen Theil unserer Mitmenschen, ja sogar eine Frau, die naturgemäß unsere Bundesgenossin sein müßte, die Verdienste hat, um deswegen, weil sie nicht widerstehen konnte, ihre spitze Feder gegen uns zu richten, der öffentlichen Verachtung preiszugeben. Dies ist ein Beschluss, der tief belästigt werden muß. (Oho!) Offentliche Verachtung ist moralischer Tod, und wir sollen nicht morden, wir sollen lieben, wir nennen uns christlich und dürfen darum unsere Brüder und Schwestern nicht verachten. Gestehen wir es öffentlich, daß

wir darin gefehlt haben! (Buruf: Nein! Redner verläßt die Tribüne.)

Dr. v. d. Marwitz:

Indem diese Dame unsern Stöcker angegriffen, hat sie uns angegriffen, und wenn wir auch Christen sind, wir werden uns doch verteidigen können, wir brauchen uns doch nicht alles gefallen zu lassen. (Sehr richtig!) Was haben wir ihr auch gesagt? Sie soll sich um ihre Wirthschaft kümmern, das ist nichts Feindliches, da haben wir sogar noch sehr sanft und lieblich geantwortet.

Dr. Grund:

Frau Morgenstern hat alles gethan, um uns zu schädigen. Diese Dame ist eine öffentliche Dame. (Gelächter; Tumult.) Frau Morgenstern hat schon vor fünf Jahren für die Gartenlaube gearbeitet. (Buruf: In der Gartenlaube, Gelächter.) Der Tumult erhebt sich von neuem und noch stärker.

Prediger Diestelkamp erklärt nunmehr, jedem das Wort entziehen zu müssen, der nicht bei der Sache bleibt. Nina Morgenstern geht uns heute gar nichts an, es ist viel zu viel Aufhebens mit dieser Dame gemacht. Im hinteren Theil des Saales entsteht wiederum Tumult. Ein Kirchendiener der Domgemeinde ist mit Israeliten in Streit gerathen und fordert auf, sie „rauszuschmeißen“.

Bäcker Knönnagel spricht von Nathan und Shylock, von Deborah, Judith und Ruth, der Herz und der Nahel Levin, und kommt zu dem Schluss, daß man die Juden ebenso achten und ehren müsse wie die Christen, daß man aber auch ihre Laster zu erkennen habe; wenn man dies thue, könne von Judentheorie keine Rede sein. Redner, bereits vorher wiederholt zur Sache gerufen, bricht endlich auf Wunsch des Vorsitzenden ab. Die Debatte wird geschlossen,

Ergebnis war ein wesentlich verschiedenes in den beiden Häusern: im Herrenhause ein Sieg der Verfassungspartei mit großer Mehrheit, im Abgeordnetenhaus eine Niederlage derselben, allerdings nur mit einem geringen Stimmenmehr, welches die Autonomistenpartei über sie davontrug.

Auch in Österreich weist das Budget ein Deficit auf. Dort aber will die Regierung das Gleichgewicht im Staatshaushalt durch Steuererhöhungen herstellen, unter andern durch eine Steuer von 10 Proc. auf die Eisenbahnbillets.

In Frankreich ist die Lage scheinbar etwas besser, die Stellung des Ministeriums Waddington scheinbar wieder etwas fester geworden. Scheinbar! Der allmächtige Gambetta hat sich — äußerlich wenigstens — gegen die Agitation für unbeschränkte Amnestie und für das Cabinet erklärt. Aber ist ein wirklicher Verlust auf ihn? Inzwischen hat das Ministerium, vielleicht dadurch ermutigt, etwas strengere Maßregeln gegen die radikalen Ausschreitungen ergreifen, ebenso aber gegen die von andern Seiten, ganz neuverlicht auch gegen einen renitenten Bischof.

In Athen hat bei Eröffnung der Nationalvertretung die Regierung die Hoffnung kundgegeben, daß Verhältnis zur Türkei noch befriedigend, im Sinne des Berliner Congresses, geregelt zu seien.

Den Anforderungen Montenegros wegen Übergabe von Gusinje und Plava hat die Pforte nun endlich entsprochen.

In Rumänien ist das Gesetz wegen Abänderung von Art. 7 der Verfassung zu Gunsten der Juden — infolge des Verlangens der im Berliner Congress vertretenen Mächte — von der Regierung publicirt worden.

In Afghanistan begannen neue Unruhen, und ebenso regen sich die Voers in Transvaal gegen die ihnen aufgedrungene englische Herrschaft.

Die Verheerungen durch Wasserfluten, die schon vor etwa drei Wochen einen Theil Spaniens heimsuchten, haben sich in der jüngsten Zeit wiederholt.

Die Evangelische Generalsynode in Berlin,

In der Sitzung am 1. Nov. wird das Gesetz betreffend die Ausschreibung von Umlagen für provinziale und landeskirchliche Zwecke in zweiter Verathung ohne Debatte definitiv angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Verathung des Antrages der Verfassungskommission betreffend den durch den Vorstand überreichten Antrag der Provinzialsynode von Pommern auf Erlass eines Kirchengesetzes zur Abänderung des §. 14 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung.

Es handelt sich dabei um folgendes Verzeichniß: Nach dem §. 14 kann der Geistliche Mitglieder der Gemeinde von kirchlichen Handlungen, z. B. von der Theilnahme am Abendmahl ic. zurückweisen. Erklärt sich der Gemeindesekretär gegen die Zurückweisung, so muß der Geistliche sofort das betreffende Gemeindemitglied zulassen, kann aber binnen 14 Tagen die Beschwerde beim Kreissynodalvorstande anbringen.

Die Verfassungskommission hat den Antrag der pommerschen Provinzialsynode zu dem ihrigen gemacht: der eingelagerten Beschwerde des Geistlichen suspensive Wirkung beizulegen.

Musikalisch aus Leipzig.

** Leipzig, 1. Nov. Nicht weniger als drei Solisten gaben uns in dem vorgestrigen vierten Gewandhausconcert Veranlassung zur Besprechung. Frau Sachse-Hoffmeister, Königlich sächsische Hofoperasängerin, Dr. Edvard Grieg und Dr. Arnold Rose aus Wien.

Der Frau Sachse-Hoffmeister ging schon ein sehr guter Ruf als dramatische Sängerin voraus, welchen dieselbe glänzend rechtfertigte; denn nicht nur sind die physischen Mittel und der Stimmeumfang, über welchen die genannte Dame zu verfügen hat, ganz ungewöhnlicher Art, sie entfaltete auch in der Arie „Ocean, du Ungeheuer!“ aus Weber's „Oberon“ künstlerische Vorzüge, welche sofort die Meisterin im dramatischen Gesange erkennen ließen. Mit dem Vollslange ihrer Stimme verbindet sich eine wohlthuende Elastizität des Tones, sodass die Coloraturen der Arie in makelloser Weise zur Erscheinung kamen. Weniger in ihrem Element erschien die Sängerin in den Liedern, wo ihr Vortrag nicht poetisch genug und selbst von einigen kleinen Vocalisationsfehlern nicht freizusprechen war. Am meisten entzusammt daher Frau Sachse das Publikum durch den Vortrag der Arie.

Der zweite Solist, Dr. Grieg, welcher sich bereits in einer der vorjährigen Abendunterhaltungen für Kammermusik dem hiesigen Publikum als einen tüchtigen Pianisten vorgeführt hat, trug sein hier schon zu wiederholten malen gehörtes Klavierconcert in A-moll, Op. 16, vor. Er wußte als Componist die Vorzüge seines interessanten und originellen Werkes

Propst Dr. Frhr. v. d. Goltz-Berlin bekämpft in längerer Ausführung diesen Antrag, der im Interesse der Geistlichen wie der Gemeindesekretärs abgelehnt werden müsse. Ebenso Professor Geh., wenn auch aus wesentlich andern Gesichtspunkten.

Professor Dr. Köstlin hat sich durch alle heutigen und früheren Aussführungen nicht überzeugen lassen können, daß ein dringendes Bedürfnis zu einer Verfassungsänderung an dieser Stelle zur Zeit vorliege.

Professor Christlieb vertheidigt einen von ihm und der Fraction der positiven Union gestellten Antrag, die Angelegenheit an die Provinzialsynoden zu verweisen.

Dr. Kleist-Nekow gibt ein Résumé der Debatte:

Man kann gar nicht zweifelhaft sein, daß die Bestimmung des §. 14 der Synodalordnung ein Verstoß gegen die Logik sei, der aus dem Gesetz heraus müsse! (Widerspruch links.) Jeder hätte den Worten des Hrn. Christlieb zuwenden müssen, der die Wahrheit sprach, wenn er sagte: „Ein solcher Zwang des Gewissens besteht in der ganzen Welt nicht mehr! Unsere Kirchenverfassung würde eine erbärmliche sein, wenn wir diese Bestimmung nicht entfernen.“ (Oho!) Dr. Professor Beyschlag hat sie vertheidigt, sich auf Paulus berufen und sie in unserer Presbyterialverfassung für durchaus nothwendig erklärt. Der Apostel Paulus hat Dr. Beyschlag sicherlich hier missverstanden und die Presbyterialverfassung basiert auf dem ganz modernen Gemeindeprincip, welches Dr. Beyschlag demnach vertreibt. Im weiteren eifert Redner für die Ausschaffung, daß seine Partei in dieser Frage die wahrhaft conservative sei. (Lebhafte Beifall.)

Der Präsident rügt den in vorstehender Rede gebrauchten Ausdruck „erbärmlich“, den Dr. v. Kleist-Nekow gebraucht zu haben scheint.

Professor Beyschlag beruft sich auf Melanchthon's Schrift „De abusus emendandis“, wo es heißt: „Nec licet soli pastori“ über die Excommunication zu befinden, sondern stets im Einverständniß zu handeln mit der cura iudiciorum und den viris honestioribus ecclesiae; und weiter heißt es darin: „Tyrannis est inimica ecclesiae.“ (Große Heiterkeit.) Sie werden diese Stelle verstanden haben.

Der Präsident will dieses Titat aus einem Schriftsteller nicht als eine thathähliche Verichtigung gelten lassen, worauf Professor Beyschlag nochmals das Wort ergreift: Ich wollte gegen Hrn. v. Kleist nur nachweisen, daß das Gemeindeprincip nicht von mir ist, sondern von Melanchthon! (Große Heiterkeit.)

In der namentlichen Abstimmung über den Commissionsantrag werden 124 Stimmen für denselben, 57 dagegen abgegeben; die Zweidrittel-Majorität (121 von 181) ist also erreicht, der Antrag angenommen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag Dr. Eiselen betreffend die Einwendungen der Gemeindemitglieder gegen die Lehre des zu dem geistlichen Amt Designirten und die Anschuldigungen gegen einen Geistlichen wegen Irrelehr. Der Antrag enthält 1) eine Resolution, daß auch außeramtliche Erklärungen und Publicationen eines Geistlichen zur Grundierung eines Einspruchs gegen die Lehre des Geistlichen resp. Designirten sollen herangezogen werden können; 2) den Antrag an den Oberkirchenrat, das Recht des Generalsynodalvorstandes und der Provinzialsynodalvorstände in allen solchen Fällen zu wahren.

Der Antragsteller:

Der Antrag redet sich nicht nur durch den Hinweis auf viele anstößige Vorkommenisse der neuesten Zeit, sondern auch im Hinblick auf die §§. 73 und 74 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung. Der nervus des Glaubens werde durchschnitten, sobald man statute, es gebe in wesentlichen Dingen einen Unterschied zwischen amtlichen und außeramtlichen Publicationen eines Geistlichen. Sollte sich folche

Gepflogenheit einbürgern, so würde es ein freudenloses Krebs-Schaden unserer evangelischen Kirche sein. Man könne den Brunnen doch auch einmal zuschütten, bevor die nötige Anzahl Kinder hineingefallen ist. (Beifall.)

Professor Kleinert vertheidigt einen Antrag auf motivierte Tagesordnung:

In Erwägung, daß Harmonie zwischen dem amtlichen und außeramtlichen Verhalten eines Geistlichen als eine selbstverständliche Forderung zu betrachten ist, die Bestimmungen der Kirchendisciplin genügen und kein Grund vorhanden ist, an der Beobachtung derselben durch das Kirchenregiment zu zweifeln. Der Antrag Eiselen beabsichtigt nichts Ge-

ringeres, als an die Stelle des bestehenden Kirchenrechtes ein neues zu setzen: Der angezogene Paragraph überläßt das Urteil darüber, wie weit er in seinen Ansprüchen gehen könne, ausdrücklich seinem Gewissen. Wenn nun diesem bestehenden Rechtszustande gegenüber der Antrag nichts weiteres bezieht als die in jenem Passus liegende Mahnung mit voller Energie ins Land hinauszutragen, wer sollte sich dem nicht anschließen? Diesem Verlangen lassen wir volles Recht widersetzen. Der Antrag Eiselen aber will mehr;

er will aus jenem Paragraphen eine Bestimmung des kirchlichen Disciplinarrechtes formulieren. Es ist aber etwas anderes, zu sagen: „Du sollst lieben Gott und deinen Nächsten als dich selbst“, oder zu sagen: „Wer das nicht tut, soll strafrechtlich verfolgt werden.“ (Lebhafte Oho!) (Lebhafte Beifall.)

Ein Einspruchrecht gegen die Lehre existiert allerdings nicht, aber wohl ein solches gegen den Wandel, und dieses best alle übrigen! Der Antrag will nun die außeramtlichen Publicationen zum Gegenstande des Einspruchs und der Disciplin machen, ohne einen Unterschied zwischen populären Schriften, Consistorialenbüchern ic. und Schriften für die gelehrte Welt, fröhlichen jahrelanger Forschung und Arbeit zu statuiren. Diese Schriften also, die mit der

amtlichen Thätigkeit des Geistlichen nicht das mindeste zu thun haben, sollen so ipso als Substrat des Einspruchs und der Disciplinaruntersuchung dienen können, die Behörde soll einsch zum Einschreiten gezwungen werden. Halten Sie solche Rechtsanschauung für durchführbar? Ich nicht; sie verstößt gegen Art. 8 der Augsburgischen Confession. Aber sie beschränkt auch die theologische Forschung und Wissenschaft. Wer einen Besty erweitern will, muß damit einverstanden sein, daß die Grenzen sich binausziehen. (Widerspruch und Unruhe rechts.)

In der heutigen Zeit, wo wir trotz der erhöhten äußeren Verhältnisse die größte Zahl treuer und eisriger Geistlichen haben, sollen wir Ihnen das doch auferlegen: „Läßt nichts drucken, denn du kommst aus dem Amt!“? Ich weise Sie auf Herder, den großen Generalsuperintendenten von Weimar; sollen wir heute einen Beschluß fassen, der darauf hinausläuft, daß jener Mann und so viele andere eigentlich wider Recht und Ordnung die Zierden der evangelischen Kirche geworden sind? Nehmen Sie im Interesse der Freiheit auch in den Pfarrhäusern unser Antrag an! (Lauter Beifall links, vereinzelter Beifall.)

Consistorialpräsident Hegel:

Der Antrag greift keineswegs in die Jurisdiction ein; auch sollen nicht, sondern können die außeramtlichen Publicationen als Beweismittel herbeigezogen werden. Es handelt sich hier um das geistliche Amt, auf welches die Bestimmungen der Disciplin für alle Staatsbeamten Anwendung finden. Der Staatsbeamte leistet seinen Dienst, der Geistliche legt das Ordinationsgelübde ab, und man sollte allerdings danach die Harmonie zwischen amtlichem und außeramtlichem Verhalten für etwas Selbstverständliches halten. Das bleibt aber recht oft ein stummer Wunsch, und vor nicht langer Zeit kam der Evangelische Oberkirchenrat in die Lage, in einem Bescheide sich sehr ausführlich über die Art und Form außeramtlicher Vorträge und Publicationen theologischer Forschung und über die Grenze der Zulässigkeit derselben zu verstreiten. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, dieser Artikel der Verfassung kann nicht in Gefahr geführt werden, wenn Grundsätze des evangelischen Glaubens gelehrt werden. „Ohne christliche Erfahrung ist keine Wissenschaft“, sagt einer der bedeutendsten Theologen unsers Oberkirchenrates in der Einleitung zum ersten Bande seiner neu herausgegebenen Glaubenslehre. Schon 1872 hat der damalige Oberkirchenrat in einer Konferenz die Grundzüge festgestellt, nach welchen in dieser Beziehung zu verfahren sei.

Aus der nachzutragende Petition des zweiten Consistorialpräsidenten Graebner:

Hochwürdige Petition des Dr. v. H. Graebner, lebhafter Redakteur in der Leipziger Zeitung, betreffend die eingezogene Eintrittsstelle in die Kirche.

Schließlich und Böckler Hochwürdige Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

Aus der nachzutragende Petition des Dr. v. Böckler, Konsistorialpräsident in Berlin.

das jedoch an manchen harmonischen Herbheiten und Gesuchtheiten leidet) in das beste Licht zu stellen und durch seine mehr feingeartete als glänzende Technik sich auch als Pianist die volle Zustimmung des Publikums zu erwerben.

Als Dritten im Bunde haben wir noch des oben genannten Violinpielers zu gedenken. Derselbe ist aus derselben Schule hervorgegangen, aus welcher auch die unlängst im ersten Enterpeconcert gehörte Violinistin Fr. Bertha Hassel hervorging, und debütierte in Ernst's „Othello“-Phantasie. Dr. Rose befandete sich als ein ausgeprochenes Violintalent, welches bei guter musikalischer Begabung schon einen sehr hohen Grad technischer Ausbildung erreicht hat. Wir wollen es daher dem jungen Künstler gern nachsehen, daß er uns mit der etwas weichlichen und abgespielten Composition aufwartete, in welcher es nur auf das Gelingen technischer Kunststücke, nicht auf die Wiedergabe eines besondern Geistesgehalts ankommt. Die Art aber, wie diese Kunststücke gespielt werden, und durch seinen Vortrag uns musikalisch schmeichelhaft gemacht wurden, gibt uns Bürgehaft, daß der junge Künstler auch geistig tiefer angelegten Compositionen gerecht zu werden vermöge, und wir können ihm somit für seine weitere künstlerische Laufbahn ein günstiges Prognosticon stellen. Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, daß sich derselbe des stürmischsten Applauses und Hervorruhs zu erfreuen hatte.

Bon den beiden Orchesternnummern zog zunächst eine Novität: „Ouverture zu Schiller's „Demetrius““ von Rheinberger, unser Interesse auf sich. Wie in allen seinen uns bis jetzt bekannt gewordenen größeren

Orchesterspielen hat auch hier der Componist das Hauptgewicht auf das Charakteristische gelegt und eine wirkliche Einleitung zu der im Titel genannten Tragödie (welche bekanntlich von Heinrich Laube vollendet wurde) geschaffen, ohne darin, wie dies so oft von Componisten derartiger Ouvertüren geschieht, nur eine plattägliche Concepion der Hauptmomente der Dichtung zu geben.

Die Hauptzüge des Dramas klingen zwar in der Musik an, ohne daß aber die Composition dadurch entfernt zur Programmusik geworden wäre. Der Componist hat mit dem thematischen Gehalt seines Werkes gut hauszuhalten und legt in eine wohlgeordnete, klar gegliederte und übersichtliche Form zu bringen gewußt. Das Werk wirkte sonach als das eines reisenden und denkenden Musikers, ohne gerade einen nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen.

Die Krone des Concerts bildete im zweiten Theile die Symphonie Nr. 1 in B-dur von Robert Schumann, welche — abgesehen von dem im Finale nicht ganz geglätteten Übergange der ersten Violine bei der Wiederholung des ersten Theils und den fehlgeschlagenen Fagotteneintritt nach der Flötencadenz im zweiten Theile derselben — vom Orchester correct und schwunghaft ausgeführt wurde.

Schließlich haben wir noch die angenehme Pflicht, mitzuheilen, daß Kapellmeister Reinecke an dem gestrigen Abend sein fünfzigjähriges Dirigentenjubiläum beging, und daß der verdienstvolle, liebenswürdige Künstler bei seinem Erscheinen am Lorberbukett der Dirigentenpulte vom Orchester mit einem Tusch, vom Publikum mit lautem Applaus empfangen wurde.

Präsidien
Es handelt
sich um
gründet auch
Begriff Lehrer
Geistlicher, die
wegen einer der
ihm eine der
geraubt hat.
kommen auszu
anteriorer Rech
Eine rechtlic
lädt sich der
leisten; auch
Praxis der C
werden, daß
befand der S
sich etwa d
Confessorium
privatum ges
öffentlicht ges
er etwas er
fragt zwische
bestehen zu
Révolution f
die Verlegu
nächsten ordn

Professio
Form nich
durchaus.
Geistlichen,
Kanzel ve
Auch d
sprechen im
beantragt, i
denten des
zugehen.

Dr. Kle
Antrages v
Abstimmu
Damit

Sitzung M
Tagesord
und des G
zweiter Ve
gischen Pr

Aus der
nachzutrag
Petition des
treffend die
renten Gra

Hochwürd
Petition des
burg, betref
eingehen,
aus, daß ei
antikristlich
Einfluß auf
Glieder der
durch die F
zugeben.

Schließl
und Böckl
Hochwürd

* Leipzig
aison ist se
Der Beetho
mit 3 Matin
Sonaten un
dichter vor,
dächtig!
aus Wien in
in Erstaune
v. Bachman
Klavierswer

Präsident des Oberkirchenrates Hermes:

Es handelt sich um den Rechtsatz in Theil I des Antrages, den ich nur so verstehen kann: Irrelehr wird bestätigt auch durch außeramtliche Publikationen. Den Begriff Lehre objektiv gesehen als Kirchensehre, so ist hier die Rede von der subjektiven Lehre des Einzelnen. Ein Geistlicher, der dem Consistorium mittheilt, er sei zu katholischen Überzeugungen gelangt, muss entlassen werden, nicht wegen eines Vergehens, sondern wegen des Irrethums, der ihm eine der zu seinem Amt nothwendigen Voraussetzungen gezaubert hat. (Bustimmung.) Hier wird der Synode angenommen auszusprechen, Irrelehr ist ein Thatsachenstand, der auch in außerordentlichen Publicationen vorliegt. (Rufe: Ja wohl!) Eine rechtliche Begründung habe ich bisher für diese Fortsetzung nicht vernommen. Aus dem Allgemeinen Landrecht lässt sich der Begriff einer außeramtlichen Lehre nicht ableiten; auch können doch z. B. Besprechungen der Geistlichen untereinander ic. nicht Lehre sein. Eine constante Praxis der Consistorien kann für diese Aussichtung angeführt werden, daß derartige schriftliche Ausführungen den Thatsachenstand der Irrelehr nicht consummieren, ohne daß der Geistliche etwas völlig straflos bliebe; im Gegenteil hat das Consistorium in Schleswig seinerzeit einem Pfarrer, der sich privat gegen den Wunderglauben ausgesprochen, wegen öffentlich gegebenen Anklages einen strengen Beweis und eine ernstliche Ermahnung zutheil werden lassen. Der Antrag erreicht demnach nicht auf dem Gebiete, auf welchem er etwas erreichen will. Die Differenz in dieser Rechtsfrage zwischen Kirchenregiment und Synode aber nicht weiter bestehen zu lassen, schlage ich Ihnen vor: Lassen Sie diese Resolution fallen, gewähren Sie die weitere Praxis und die Verlegung des neuen Disciplinargebotes, die in der nächsten ordentlichen Generalsynode erfolgen soll.

Professor Köstlin-Halle kann dem Antrage in der Form nicht beistimmen, billigt aber dessen Tendenz durchaus. Es dürfen außeramtliche Ausführungen eines Geistlichen, die der Lehre widerstreiten, die er von der Kanzel verkündigt, nicht geduldet werden.

Auch die Professoren Hesch und Erdmann-Breslau sprechen im Sinne der Tendenz des Antrages; ersterer beantragt, im Hinblick auf die Erklärungen des Präfekten des Oberkirchenrates zur Tagesordnung überzugehen.

Dr. Kleinert zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrages v. Hesch zurück. Derselbe wird indeß bei der Abstimmung abgelehnt, der Antrag Eiselen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Tagesordnung: Wahl des Generalsynodalvorstandes und des Generalsynodalrathes; Pfarrwahlordnung in zweiter Berathung; Antrag Süder wegen der theologischen Prüfungen; Antrag Graf Rothkirch ic.

Aus der Sitzung am 31. Oct. haben wir noch nachzutragen, daß die Synode in Beziehung auf die Petition des Fabrikbesitzers Krüger und Genossen betreffend die Tagespresse folgenden Antrag des Referenten Grafen v. Bismarck-Böhlen annahm:

Hochwürdige Generalsynode wolle beschließen: über die Petition des Fabrikbesitzers Krüger und Genossen zu Brandenburg a. H. betreffend die Tagespresse unter Annahme nachstehender Resolution: in Erwögung, daß die Generalsynode nicht in der Lage ist, auf die Petition Nr. 153 aus Brandenburg, betreffend die Presse, wegen ihrer Allgemeinheit näher einzugehen, spricht dieselbe ihr tiefes Bedauern darüber aus, daß eine weitverbreitete periodische Presse entchieden antikirchlicher Richtung auf unser Volk einen verderblichen Einfluß ausübt, und erklärt es daher für eine Pflicht aller Glieder der Kirche, den Einfluß in jeder Weise, namentlich durch die Förderung der die christliche Weltanschauung vertretenden Presse, entgegenzuwirken, zur Tagesordnung überzugeben.

Schließlich steht folgender von den Herren Költing und Süder gestellter Antrag auf der Tagesordnung:

Hochwürdige Generalsynode wolle beschließen: den Evan-

gelischen Oberkirchenrat zu ersuchen, bei den laut Königlichen Cabinettsordre vom 5. Febr. 1855 von ihm zu erlassenden Gutachten in Beziehung auf Bekanntniß und Lehre der anzustellenden Professoren der Theologie, den Generalsynodalvorstand in Gemäßheit des §. 36 der Generalsynodalordnung jedesmal zuzuziehen.

Der Antrag wurde mit einem Amendment des Professors Hesch, das Wort „jedesmal“ zu streichen, angenommen.

Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 1. Nov. berichtet der Reichs-Anzeiger: „Se. Maj. der Kaiser und König trafen heute Mittag 12 Uhr 40 Min. auf dem Hamburger Bahnhofe hier selbst wieder ein und fuhren von dort nach dem Palais.“

Die Kölnische Zeitung schreibt: „Die Nachrichten aus Paris über das Bestinden unsers Reichslandes laufen fortwährend ungünstig. Fürst Bismarck leidet an empfindlichen Schmerzen und Bülow's Tod hat ihn trübe gestimmt. Er äußerte sich unter anderem, wenn das so fortdauere, würde er Bülow's Schicksal haben.“

In „Karl Ritter's Briefwechsel mit P. Fr. C. Hausmann“, dem ausgezeichneten Mineralogen, findet sich als Beigabe ein Brief des Vaters des Reichslandlers Fürsten Bismarck an Hausmann, dessen berühmter Name den Studenten Bismarck nach Göttingen gezogen hatte. Dieser Brief, auf dessen erster Seite von der Hand Hausmann's geschrieben ist: „Ausbezahlt den 14. September an Herrn v. Bismarck. Hausmann“, lautet:

Wohlgeborener Herr, hochzuberehrender Herr Professor! Durch die Freundschaft meines Vaters, des Geb. Finanzrat K. v. K. ist mein Sohn, welcher in Göttingen studirt, so glücklich, Ew. Wohlgeborenen Güte empfohlen zu sein und in dieser Hinsicht werden Sie es gütigst entschuldigen, daß ich mich mit nachstehender ergebenster Bitte an Sie wende. Mein Sohn hat nämlich seit 5 Wochen nicht geschrieben und wir sind sehr beklommen, daß ihm etwas Uebliches zugeschlagen, welches ihn daran behindert. Meine gehorsamste Bitte an Ew. Wohlgeborenen geht nun dahin, daß Sie die Güte hätten, zu meinem Sohne zu schicken (welcher in der Rothenstraße beim Bäcker Schuhmacher wohnt) und sich gefällig erkundigen ließen, wie es ihm geht und was die Ursach' sei, daß er so lange nicht geschrieben. Ich ersuche Ew. Wohlgeb. inständig mir die Ursach' seines Schweigens nicht zu verhehlen, es ist wol möglich, daß er bey seinem raschen und lebhaften Temperamente, etwas auf die Finger bekommen hat; sollte er aber krank sein, so bitte ich den besten Arzt so in Göttingen ist zu seiner Herstellung zu benutzen. Da letzteres der Fall sein kann, und er nicht im Stande sein könnte, sein Geld selbst in Empfang zu nehmen, so sage ich so ähnlich: mit der ergebensten Bitte bey, ihm selbst gefällig einhändig zu lassen. Ew. Wohlgeb. werden gewiß einen bestimmten Vater entschuldigen u. bitte ich die Versicherung meiner dankbaren Anerkennung Ihrer Güte zu genehmigen.

Ich habe die Ehre mit der vollkommenen Hochachtung zu sein Ew. Wohlgeb. ganz ergebenster Diener F. v. Bismarck.

Kniephof bei Rangsdorf in Pommern
d. 25. August 1832.

Die Kölnische Zeitung hatte es jüngst als auffällig bezeichnet, daß Großfürst Konstantin bei seiner Durchreise durch Berlin den kaiserlichen Hof nicht besucht habe. Das Journal de Saint-Pétersbourg constatirt dagegen, daß Großfürst Konstantin, der sich bekanntlich in Paris den Fuß bedeutend verletzte, deshalb unterwegs keinen Besuch abstellen konnte; er sei bandagiert gewesen und habe in der ihm ärzt-

licherweise in Paris im Wagen bereiteten Tage möglichst belassen bleiben müssen. Erst in Petersburg sei der Verband durch einen Gipsverband ersezt worden.

Aus Berlin vom 31. Oct. schreibt man der Weser-Zeitung: „Es herrscht augenblicklich in den obersten Regionen der österreichischen Regierung eine nicht unbedeutende Neigung, aus dem diplomatischen Corps diejenigen zu entfernen, die der Intimität des Zusammengehangs mit Deutschland unfreundlich gegenüberstehen. In erster Reihe ist das natürlich Graf Beust, der seither wol auf dem pariser Botschafterposten ziemlich unschädlich war, der sich aber doch nunmehr kaum eignen wird, ein Bündnis zu vertreten, das ihm und seinen tiefeingeschichteten Leidenschaften so sehr zuwider ist; vollends ist Paris für diese Frage einer der wichtigsten Plätze, da es gerade darauf ankommt, das Bündnis auch für den Fall dauerhaft zu erhalten, daß die gesuchte Annäherung zwischen Frankreich und Russland stattfinden sollte. Graf Beust wird also dem Vernehmen nach in den Ruhestand treten, welchen Schritt er hoffentlich niemals rückgängig macht. Außer ihm wird der österreichische Botschafter bei der Hohen Pforte, Graf Franz Bisch, seinen Posten verlassen. Er war es vornehmlich, der das Einvernehmen mit Russland cultivirte, und auch er eignet sich daher nicht zum Vertreter auf einem so wichtigen Posten. Uebrigens ist er weniger ein Deutschenhaßer, als vielmehr durch seine Vergangenheit etwas für die Zukunft beeinträchtigt.“

Die Berliner Börse-Zeitung bemerkt: „Wie uns aus London berichtet wird, sind die sämtlichen 20-Mark Stücke, welche dort nach und nach sich anhäufsten, nunmehr theils auf dem Umwege über Rotterdam und Hamburg, theils aber auch direct nach Berlin zurückgeschlossen, sodass bei fernern Goldbezügungen von London her nunmehr nur Barrentgold abgegeben werden kann.“

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten die Nummern: 4. „Le Péril social“, 5. „Le Combat pour la Vie“, 6. „La Société devant les Tribunaux“ und 7. „La Question sociale“ der von der Librairie du Progrès in Paris herausgegebenen zweimal im Monat erscheinenden periodischen Druckschrift: „Questions sociales, à la Portée de Tous par un Homme du Peuple.“

Der Reichs-Anzeiger enthält eine Verordnung betreffend das Verbot der Einfuhr von Neben- und sonstigen Theilen des Weinstocks. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung (31. Oct.) in Kraft.

Bon Dr. G. Nachtigal geht dem Deutschen Montags-Blatt die folgende Mittheilung zu: „Aus Malta eingegangenes Telegramm meldet, daß die Nohls'sche Expedition die Oasengruppe Kufara erreicht und durchforscht habe, aber daselbst ausgeplündert sei. Die Mitglieder derselben, Hofrat Gerhard Nohls und Dr. Anton Steckel, sind infolge dessen nach Bengasi zurückgekehrt, hoffen aber, daß die türkische Provinzialregierung den Schaden ersehen werde.“

Preußen. Ueber das Exposé des Finanzministers Bitter im Abgeordnetenhouse bemerkt die National-Zeitung:

Wir sind weit entfernt, unsern Finanzausländer gegenüber Schwarzseherei zu treiben. Auch sind uns die 47 Mill. M. Deficit, die wir allerdings nicht leicht nehmen, nicht die

Mittel gelangen und rauschenden Beifall hervorriefen. Weniger schien das Publikum sich durch die kunstvolle, seine thematische Filigranarbeit des hier lange nicht mehr gehörten Beethoven'schen Streichquartetts in Es-dur, Op. 127, erwärmt zu fühlen, so thätig daselbe auch von den Herren Röntgen, Bolland, Thümmler und Schröder vorgeführt wurde; was nicht wenig sagen will, da es sowol in der Technik wie im Zusammenspiel seine großen Schwierigkeiten hat. Dagegen übte die lezte Nummer, das Quintett für Streichinstrumente in G-moll von W. A. Mozart, diese unerschöpfliche Quelle von Liebenswürdigkeit und Gemüth, wiederum seinen unwiderstehlichen Zauber. Außer den bei dem Beethoven'schen Quartett beteiligten Herren wirkte hier noch Dr. Pfitzner (zweite Viola) mit.

Leider ist aus dem Kreise der an den Kammermusikabenden beteiligten Herren in Hrn. Haubold, den der Tod zu früh von seinem Wirken abrief, ein hochwertiges Mitglied geschieden. Wir bewahren dem trefflichen Künstler, der sich sowol als Lehrer seiner Kunst wie als ausübender Musiker hier in gleich hohem Grade verdient gemacht hat, ein bleibendes und ehrendes Andenken.

Als auf ein sehr wertvolles Werk machen wir aufmerksam auf die „Physiologische Erdkunde“. Nach den hinterlassenen Manuskripten Oskar Peschel's selbständige bearbeitet und herausgegeben von Gustav Leipoldt (Leipzig, Duderst. u. Humboldt). Es ist eine Dinterlassenheit des leider zu früh verstorbenen bedeutenden Geographen Peschel, die hier für die Wissenschaft der Geographie in dankenswerther Weise verwertet wird.

* Leipzig, 1. Nov. Der Anfang unserer Concertaison ist sehr reichlich mit Klavierconcerten gesegnet. Der Beethoven-Spieler Bonawitz beglückte uns allein mit 3 Matinées und 2 Soirées, trug 15 Beethoven'sche Sonaten und über ein Dutzend Werke anderer Tonmeister vor, und das alles ohne Noten nach dem Gedächtnis! Nach Bonawitz zeigte uns Dr. Grünfeld aus Wien in einer Matinée durch seine riesige Technik in Erstaunen, und gestern Abend berief uns Woldemar v. Pachmann ins Gewandhaus, um uns eine Anzahl Klavierwerke vorzutragen.

Pachmann war uns schon vom vergangenen Frühjahr her aus seiner Matinée bekannt. Das damals über ihn gewonnene Urtheil hat auch gestern Bestätigung gefunden. Er ist eine echte warm- und innig-fühlende Künstlernatur und gebietet über einen hohen Grad technischer Virtuosität. Dies befundet er gleich anfangs in Bach's „Toccato“ und Hugo D-moll, welche von Tausig noch mit diversen Schwierigkeiten ausgestattet ist. Die Romane aus Chopin's E-moll-Concert, von Reinecke für den Sologebrauch bearbeitet, begann er zwar etwas hölzern und trocken, bald aber erwärmete ihn die hertliche Tonpoesie dieses Werkes derartig, daß sein Anschlag, seine Tongebung belebt wurde und die Passagen lieblich schön dahinperlten. In seinen früher hier zum besten gegebenen Vorträgen documentierte sich Pachmann als tüchtiger Liszt-Spieler. Als solcher bewährte er sich auch diesmal in dessen „Etude du Concert Des-dur“. Das schwierige Passagewerk, das wie Arabesken eine schöne, getragene Cantilene umschlängelt, wußte er meisterhaft vorzutragen. Er spielte noch eine Menuet Op. 17 von Moszkowski,

größte Sorge; größere und ernstere Sorge ist der Frage zu gewenden, ob wir auf dem richtigen Wege sind, aus dem chronischen Deficit herauszukommen. Unsere Bedenken zu entwischen und zu begreifen, müssen wir uns vorbehalten. Nur so viel müssen wir jetzt schon constatiren, daß es uns nicht gelungen ist, trotz allen guten Willens aus den Auseinandersetzungen des Hrn. Bitter bereit ein solches Vertrauen zu gewinnen. Wir erhalten vielmehr den Eindruck, als trüben wir auf dem Strom weiter, der schließlich zur Gefährdung unserer Finanzlage führen muß, indem wir uns von den Hoffnungen trennen lassen, von denen alle Haushalter im Rückgang zehren. Daß der Kredit, in welchen die directen Steuern gebracht sind, einer energetischen Heilung sich widersteht, wollen wir hier nur nebenbei bemerken. Hr. Bitter hofft die Einbringung einer Börsensteuer an; eine solche ist von liberaler Seite schon lange als angemessen bezeichnet worden. Wir halten es auch für ganz richtig, diese Steuer in der Reform des ganzen Stempelsteuerwesens überhaupt zu regeln, wohin die Börsensteuer gelegentlich und logisch gehört. Wir machen jedoch dabei darauf aufmerksam, daß durch den Übergang der Eisenbahnen in das Staats Eigentum, der sich unausweichlich vollzieht, die Börsensteuer zum großen Theil eine ganz andere Bedeutung erhält als selber. Sie wird, je mehr die Eisenbahnpapiere werden, auch um so mehr eine Steuer auf den Staatskredit. Wir halten das nicht für entscheidend, es scheint uns aber charakteristisch genug, um es hervorzuheben.

Von den Erklärungen des Finanzministers ist die National-Liberale Correspondenz wenig beeindruckt. Sie sagt: „Wir sehen einstweilen recht vage und unzulängliche Vertheilungen und daneben eine sehr harte und handgreifliche Wirklichkeit in einem großen Deficit, gegen dessen Chronischwerden und die Auseinandersetzung des Finanzministers keinerlei Sicherheit gegeben haben. Der Hinweis auf bessere und ertragreichere Zeiten ist ein Wechsel auf eins zu ferne und ungewisse Zukunft, als daß wir daraus allein die Sicherheit gewinnen könnten, nicht nur aus dem dauernden Deficit herauszukommen, sondern auch einem einigermaßen ins Gewicht fallenden Erlass an directen Steuern für künftige Jahre entgegensehen zu können. Die Gewissheit, lediglich vor vorübergehenden finanziellen Schwierigkeiten zu stehen und die richtigen Wege vor uns zu haben, die zu besseren Zuständen führen, wird man aus den Erklärungen des Finanzministers nicht gewonnen haben, und das scheint uns das Bedenklichste bei einem Staat, der unter der ersten Einwirkung einer großen Steuervermehrung im Reiche aufgestellt worden und gewissermaßen die erste praktische Probe auf die letztere sein sollte.“

Die National-Zeitung von gestern spricht den Wunsch aus, man möchte lieber „den Landtag sobald wie möglich vertagen und den Reichstag einberufen, damit dieser erst das Reichsbudget beschließe und dann der Landtag auf dessen Grundlage seine Arbeiten in gesicherter Weise fortführen könnte“. Ferner moniert sie eine Mehrausgabe von etwa $1\frac{1}{2}$ Mill. M., die daher röhre, „daß die Kosten der Grenzbewachung durch den neuen Zolltarif gesteigert sind“. Nach dem Schreiben des Reichsanzlers vom 15. Dec. 1878 habe man angenommen, daß das bisherige Grenzbewachungspersonal auch dem neuen Tarif gegenüber vollkommen ausreichen werde. Hier liege nun eine harte Enttäuschung vor. Schließlich sagt sie: „Die mehrfach ausgeschrockte Verzuthung des Finanzministers, daß die beginnende Wiederbelebung der Geschäfte zu einer Vermehrung der Betriebseinnahmen und auf diesem Wege zur Beseitigung des Deficits führen werde, müssen wir mit Fragezeichen begleiten. Der Rückgang der Betriebseinnahmen hat bis in die letzten Monate angebaut — der Befreiung der Geschäfte zum Trost. Wir geben nicht zu, daß eine Belebung des Verkehrs wiederum zu solchen Preisen für Forst- und Bergwerksprodukte führen müsse, wie wir sie in den Schwindeljahren gehabt haben.“

Zufolge der National-Liberale Correspondenz hatte man in conservativen Kreisen zum Nachfolger des Dr. Leonhardt eine ganz andere Persönlichkeit ansehen, nämlich den Unterstaatssekretär im Justizministerium Dr. Schelling. Die in dieser Beziehung gehegten Hoffnungen der Gegner wie die Befürchtungen der Freunde eines liberalen Systems seien bestätigt. Dr. Friedberg sei kein politischer Parteimann, aber sein Charakter und seine Vergangenheit seien Verteidigung dafür, daß unter seiner Verwaltung die Justizangelegenheiten in jener streng sachlichen, überall dem wahren Geist der Gesetze entsprechenden Weise würden geleitet werden, wie es allezeit das ernste Bestreben seines Vorgängers gewesen. Die reactionären Gelehrte in Preußen hätten somit weit eher Veranlassung, in dem neuen Justizminister ein Hemmnis als eine Stütze für sich zu erkennen. Zugleich gewinne die Ernennung Friedbergs die Bedeutung eines wertvollen Fortschritts in dem Ausbau der Reichsinstitutionen, wenn nämlich, wie die National-Liberale Correspondenz hofft, in ihm die „Personalunion“ zwischen dem preußischen Justizministerium und dem Reichs-Justizamt sich vollziehe.

Aus Berlin vom 31. Oct. wird offiziell berichtet: „Der Minister Leonhardt hat bei seinem Abschied mit der amtlichen Cabinetordre noch ein huldvolles eigenhändiges Schreiben des Kaisers und zugleich den Stern der Comitire des Hohenzollernordens erhalten. Der Minister, der noch vor kurzem einen unmittelbaren Rücktritt nicht in Aussicht genommen hatte, ist

zu seinem Abschiedsgesuch durch die neuerliche unerwartete und schnelle Steigerung der Krankheit, an welcher er daniederliegt, bewogen worden. Bei dem leidenden Zustande des Ministers konnte die Annahme des Gesuches keine Verzögerung erfahren. — Die Mittheilung, daß eine Personalunion zwischen dem Reichs-Justizamt und dem preußischen Justizministerium beschlossen sei und daß sogar der Bundesrat schon mit einer dahin abzielenden Vorlage besaß werden solle, ist durchaus ungenau und verfehlt. Es finden zur Zeit an den beteiligten Stellen erst vorbereitende Besprechungen statt.“

— Die Neue Preußische Zeitung schreibt: „Den Behauptungen einiger Zeitungen gegenüber sind wir in der Lage, zu constatiren, daß Se. Maj. der Kaiser und König in der dem Vorsitzenden der General-Synode gewährten halbstündigen Audienz seine volle Sympathie für den bisherigen Gang der Synodalverhandlungen ausgesprochen hat.“

— „Über den Aussall der Präsidentenwahl“, sagt die National-Zeitung, „herrscht im Clericalen Lager ein geradezu unbändiger Jubel; einzelne Correspondenten geben sich, als hätten sie einen indianischen Kriegslanz um die Leiche von Erschlagenen aufzuführen. Die Clericalen hoffen, daß der Beweis von Macht, den sie gegeben haben, einen Druck auf die Verhandlungen mit Rom ausüben wird, und die Conservativen secundieren diesem Druck auf die eigene, mit dem Papste unterhandelnde Regierung!“

— Der «Tribüne» wird von der rechten Seite des Abgeordnetenhauses mitgetheilt, der Führer der Conservativen, Abg. v. Rauchhaupt, habe ein Schreiben an den Fürsten Bismarck gerichtet, in welchem er versichert, die eigene Stellung, welche die Conservativen bei der Präsidentenwahl eingenommen, sei in keiner Weise als eine Demonstration gegen den Reichskanzler aufzufassen.

— Nach der «Germania» hat die Centrumsfraction sich constituiert. Als Vorsitzender der Fraction wurde der Abg. Frhr. v. Schorlemer wiedergewählt; in den Vorsitz stand die Abg. Dr. Windhorst, Dr. Reichenberger-Olpe, Dr. Reichenberger-Köln, Gajewski, de Sho, Hüffer, Biesenbach, Graf Matuschka, Dr. Franz, Kaufmann, Frhr. v. Heereman.

— Der Cultusminister hat Vorschriften für die Studirenden der Universitäten erlassen, die mit dem 1. Oct. in Kraft getreten sind. Dieselben behandeln die Aufnahme und den Abgang der Studirenden, die Vorlesungen, die rechtliche Stellung und die akademische Disciplin. Durch diese neuen Vorschriften sind die alten akademischen Vorrechte auf ein Minimum reduziert. Dieselben besagen, daß die Eigenschaften eines Studirenden keine Ausnahme von den Bestimmungen des allgemeinen Rechts begründen und die Studirenden in privaten Rechtsangelegenheiten wie in Strafsachen der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterworfen seien. Nur in ihrer Eigenschaft als Studirende stehen sie unter akademischer Disciplin. Die Disciplinarstrafen bestehen jetzt in Verweis, Geldstrafe bis zu 20 M., Karcerstrafe bis zu zwei Wochen, Nichtanrechnung des laufenden Halbjahres auf die vorgeschriebene Studienzeit, Unterschrift des Consilium abeundi, Ausschluß von Universitätstudien (Relegation), Entfernung von der Universität. Mit der Relegation ist der Ausschluß von allen andern Universitäten verbunden. Vereine und Versammlungen der Studirenden unterliegen den allgemeinen Landesgesetzen und einigen besondern, bisher schon geltenden Bedingungen.

— Die zur Bewohnung bei den französischen Manövern commandirten preußischen Offiziere sind zu ihren Truppenheilen zurückschickend und sprechen, wie Berliner Blätter melden, ihre volle Anerkennung über die ihnen zutheil gewordene Aufnahme aus. Sie sind von den betreffenden Generälen in einer Weise und mit einer Courtoisie behandelt worden, welche im Stande gewesen wäre, bei den andern Offizieren fremder Staaten eine gewisse Jalouse hervorzurufen. Ihr Urtheil über das Geschehe entzieht sich selbstverständlich der öffentlichen Mittheilung. Die Berichte über das Entgegenkommen seitens der französischen Truppenführer haben auf den Kaiser den günstigsten Eindruck gemacht.

Oldenburg. Die Oldenburgische Zeitung schreibt: „In auswärtigen Blättern macht gegenwärtig eine Correspondenz des Westfälischen Merkur aus Oldenburg die Runde. In derselben wird der Erbgroßherzog als sehr lebendig dargestellt, und zwar in dem Grade, daß er der speciellen Pflege der Frau Erbgroßherzogin (einer Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen) bedürfe, auch die Reihe des erb-großherzoglichen Paars nach Italien wird mit diesem Leid in ursächliche Verbindung gebracht. Um nun etwaige ernste Befürchtungen im Lande zu zerstreuen, seien wir uns veranlaßt, in Folgendem den wahren Sachverhalt darzulegen. Kurz vor seiner Vermählung stützte der Erbgroßherzog in Berlin mit dem Pferde; die durch den Sturz am Kopf erlittene Beschädigung kann ihrer Natur nach nur langsam zur völligen Au-

heilung kommen, jedoch gibt dieselbe keinerlei Anlaß zu Besorgnissen. Auch war der Erbgroßherzog stets wohl auf, sodass er sich bis zu Ende dieses Jahres den Pflichten des anstrengenden Dienstes im hiesigen Dragonerregiment widmete. Dieser wirkte indeß noch angreifend, und er trat deshalb einstweilen noch wieder vom Dienst zurück. Im übrigen ist, wie gesagt, das Wohlbeinden des Erbgroßherzogs in seiner Weise unterbrochen, was schon daraus hervorgeht, daß der Segelschiff im vergangenen Sommer Fahrt nach Schweden und jüngst noch durch die Nordsee gemacht hat, die eben nichts weniger als ohne Anstrengung sind, zumal der Erbgroßherzog dabei selbst kräftig Hand mit anzulegen sieht. Hieraus geht wol zur Genüge hervor, daß der Zustand des Prinzen keineswegs so ungünstig ist, wie der Westfälische Merkur ihn geschildert hatte.“

Elsas-Lothringen. + Straßburg, 30. Oct. Letzter Tage ist im Stadthalterante, wie ich mit Bestimmtheit versichern kann, auch die Frage des künftigen Wegfalls der bisher bestandenen Controle französischer Zeitungen in Erwägung gezogen worden. Der Stadthalter äußerte den gegen diesen Wegfall geltend gemachten Bedenken gegenüber, er wünsche eine freie Presse und halte die französischen Zeitungen nicht für gefährlich. Es ist deshalb anzunehmen, daß in nächster Zeit die Zeitungskontrolle, wenn vielleicht auch nicht ganz aufgehoben, doch auf ein sehr geringes Minimum beschränkt wird. — Die Oberin der Schwestern von der Botschaft in Nappoltsweiler bat in voriger Woche um eine Audienz bei dem Stadthalter, um denselben „die Lage der Schwestern darzustellen“ und ihn zu fragen, ob auch künftig die Schulschwestern aus der Volksschule verdrängt würden. Diese Audienz wurde verweigert. Die fromme Dame weiß sehr wohl, daß die betreffenden Schwestern nur das vorgeschriebene Staatsexamen zu bestehen und ihr Ordenskleid abzulegen haben, um wie die weltlichen Lehrerinnen vollauf Verwendung finden zu können. — Es darf als ein erfreuliches Zeichen der Annäherung zwischen der neuen Regierung und den besseren Kreisen hiesiger Stadt betrachtet werden, daß bei einem am letzten Freitag von dem Oberconsistorialpräsidenten Kratz zu Ehren des Herrn Stadthalters gegebenen Galadiner auch eine stattliche Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus dem Bürgerstand erschienen waren. — Die Wahlen für den erweiterten Landesausschuß sind auf den 6. Nov., die Wahlen der Mitglieder selbst auf den 18. Nov. festgesetzt. — Wie es scheint, sucht sich die russische Großindustrie von dem westeuropäischen Waarenmarkt zu befreien. Aus Wittenhausen kommt nämlich die Nachricht, daß russische Großindustrie durch Vermittelung von Agenten dort bereits über 100 junge Arbeiter aus den Spinnereien angeworben haben und fortwährend solche anwerben.

Österreich-Ungarn.

Die Neue Freie Presse wendet sich in ihrer neusten Nummer speziell gegen die von der Regierung beantragte „Ergänzungsteuer“. Sie sagt über diese:

Die Ergänzungsteuer trägt äußerlich den Charakter einer Personaleinkommensteuer, aber sie unterscheidet sich von derselben so wesentlich, wie Tag und Nacht voneinander verschieden sind. Die Boraussetzung der Personaleinkommensteuer war die Abhaßung jener mißliegenden, dreckenden und unabführbaren Einkommensteuer vom Jahre 1849, die Boraussetzung der Ergänzungsteuer ist die Beibehaltung derselben. Der Staatsbürlger, welcher ein Einkommen von mehr als 1400 fl. jährlich bezieht, soll außer seiner früheren Abgabe noch eine neue unter dem oben erwähnten Titel leisten. Er wird also zwei Steuerbelastungen überreichen müssen: eins für die Ergänzungsteuercommission, das andere für die alte Einkommensteuer. Und welche Ungerechtigkeit erzeugt die neue Steuer! Nicht allein daß sie eine Doppelbesteuerung ohne jedes Feingehalt ist, die Unbill unserer bisherigen Steuergesetzgebung potenziert, das alte Einkommensteuersystem vollständig unterblätzt läßt, trifft sie auch die verschiebenen Kategorien von Staatsbürlgern ganz verschieden.

Frankreich.

* Paris, 1. Nov. Die Regierung hat beschlossen, gegen den Bischof Treppel wegen einer in Nancy bei der Enthüllungsfeier des Denkmals für den General de Lamoricière gehaltenen Rede die durch das Concordat und die Gesetze gebotenen Maßregeln energisch zur Anwendung zu bringen.

Im heutigen Ministerrathe wurde die Frage über das Datum des Wiederzusammentritts der Kammer erörtert. Wahrscheinlich findet derselbe zwischen dem 18. und 24. Nov. statt.

In den jüngsten Sitzungen des socialistischen Arbeitercongresses in Marseille besprach man zunächst die Lohnfrage. Einer der Redner glaubt, die zu übertriebene Production sei eine Folge der Fortschritte im Maschinenvesen, die für die Großindustrie großen Gewinn brächten. Der Arbeiter gewinne das bei aber nur die Herauslösung des Lohnes. Er wünscht die Verminderung der Production mittels eines Gesetzes, welches die Arbeitszeit beschränkt. Er ist An-

hänger der Einheit der Fragen für alle, wenn sie, trocken und verlorene Zeit sind, wünscht den Arbeiters am gau mit einer Faune zu Gunsten von Proletaire, welche wurde, Personen eine halten. Diese als dem Zweck des Dienstes zum Tumult, ihm verschafft erneut wird.

In der Erklärung der Der socialiste Erwähnung, daß der Mann einer ist, zur Mutter und zur Tochter gelangt für die der maternale Befriedigung u. kann, und spricht, des Unterganges der Gebäude, der menschlichen das integrative Erwähnung: 1) die Laufu. in Genossen und der Arbeit ist; 2) daß die immer sie beim wird, immer sie bestimmt werden wird, sofern des öffentlichen Recht beansprucht den Unterschieden wiesen ist, welche zeuge der Arbeitliche Mittel werden.

Der Konzessionen Frage, hauptung des besteht.

Aus Bonnischen Zeitungen legten Sitzungen eines Congresses ein, nicht annehmen. Geschicht die gestrigen Ministr. berathen. Alle Umlieben der Gravéy, der hat, zeigte sie recht zu erholen von welcher.

Aus Kölnischen Meisterschaft die Gemeinderatsspelletier, eine Seillaise, star der Bürgermeister die Heirathen der Büttele. Wand von dem Hochzeit Che der Büttnahm, hielt sagte: „Sehr nötig, von zu denen, um ansehen, und gesprochen, f. Dr. Humber zu wünschen, da Sie ein Warten war als Humber selben.) Magisterialer wollten, auf die Salzkristalle wurde bei i rufen begrüßt.

+ London zu besuchen,

erlei Anlass verzagt stets im hiesigen indeß noch veilen noch, wie ge einer Weise, daß der mit seiner ehemaligen nach Instellung best kräftig pol zur Gezen leines. die Merke 30. Oct. b. mit Be bes künstle fra en worden. Wegfall unsche eine ungen nicht, daß in leicht auch geringes r Schwei weiser bat em Statt estern dor stiftlich die gärt würden. same Dame estern nur und ihr weltlichen können. — nähierung uen Kreisen einem am präsidenten gegebenen vorzogender enen war. aus schaft Mitglieder es scheint, von dem Aus Russischen enten dort pünkteten anwerben.

Der neue Regierung sagt über

zalter einer von den ander ver infommenden beobachtenden Jahre 1849, Einlom soll außer oben er befehlens- sterner. Und nicht allein endlich ist, potenziell, sorgt läßt, Staatsbürgerschloss, in Nantes den Ge durch das eln ener

age über ammern hen dem stischen ach man achtet, die der Fort- industrie inne das wünscht nes Ges ist Au

In der Sitzung vom 30. Oct. wurde folgende Erklärung der revolutionären Collectivisten vorgelesen:

Der socialistische Arbeitercongrès von Marseille: In Erwagung, daß die sociale Frage nur gelöst sein wird, wenn der Mann emanzipirt und die Frau seinesgleichen geworden ist, zur vollständigen Verteidigung seiner Bedürfnisse und zur unverzüglichen Entwicklung seiner Fähigkeiten gelangt sein wird, erklärt, daß der individuelle Besitz, Ursache der materiellen und intellektuellen Ungleichheit, diese Bekämpfung und diese Entwicklung nicht gewährleisten kann, und spricht sich für die collective Aneignung des Bodens, des Untergrundes, der Maschinen, der Verkehrsbahnen, der Gebäude, der angestammten Kapitalien aus zum Wefen der menschlichen Collectivität, die einzige mögliche Art, jedem das integrale Ergebnis seiner Arbeit zu sichern. In Erwagung: 1) daß die unabdingte Unfruchtbarkeit des Rücklaufs in Genossenschaft durch das Blöndniß des Kapitals und der Arbeit wissenschaftlich und experimental erwiesen ist; 2) daß die progressive feste Sklaverei, auf welche Art immer sie beim gegenwärtigen Stande der Dinge erhoben wird, immer auf den Consumenten, d. h. auf den Arbeitern lasten wird, sodass kein Einverständniß zwischen den Inhabern des öffentlichen Vermögens und denjenigen, die es mit Recht beanspruchen, da diese Unmöglichkeit nur zu sehr durch den Unterschied der Interessen und der Besoldungen erwiesen ist, erklärt, daß die collective Aneignung aller Werkzeuge der Arbeit und der Productionsträthe durch alle möglichen Mittel verfolgt werden muß.

Der Congrès beschäftigt sich darauf mit der sozialen Frage, die, wie ein Redner sagte, trotz der Behauptung des „Großmandatarius des Opportunismus“ besteht.

Aus Paris vom 31. Oct. schreibt man der Kölnerischen Zeitung: „Wie verlautet, soll in einer der letzten Sitzungen des marseiller Arbeitercongrès eine Adresse der in London wohnenden nicht annestirten Communards vorgetragen werden. Geschieht dies, so ist, wie ich vernehme, die Regierung fest entschlossen, Maßregeln zu ergreifen. Im gestrigen Ministerrath wurde über diese Frage bereits berathen. Alle Minister waren mit Grévy dafür, den Untrieben der Communards ein Ende zu machen. Grévy, der heute das Heft vollständig in der Hand hat, zeigte sich fest entschlossen, das Gesetz streng aufrecht zu erhalten und keine Annahmen zu dulden, von welcher Seite sie auch kommen mögen.“

Aus Paris vom 30. Oct. berichtet man der Kölnerischen Zeitung: „Heute fand auf der Bürgermeisterei die Heirath des Amnestierten und pariser Gemeinderaths Humbert mit Fr. de Bouhelin-Lepelletier, einer Schwester des Redakteurs der „Marshallais“, statt. Eine ungeheure Menge hatte sich in der Bürgermeisterei eingefunden. Da der Saal, wo die Heirathen stattzufinden pflegen, zu klein war, so ließ der Bürgermeister von Neuilly, Duin, die bewegliche Wand hinwegräumen, welche den Trauungsraum von dem Rathssaal trennt, damit der größte Theil der Hochzeitsgäste der Ceremonie anwohnen konnte. Ehe der Bürgermeister die gesetzliche Einsegnung vornahm, hielt er eine Ansprache an dieselben, worin er sagte: «Seelen wie die Ihrigen haben auch nicht nötig, von ihren Pflichten zu sprechen. Sie gehörn zu denen, welche die Civilisatie in der richtigen Weise ansehen, und mein Herz, das eines alten Republikans, freut sich.» Nachdem er nun die üblichen Worte gesprochen, fuhr er fort: «Ich halte darauf, Ihnen, Fr. Humbert, nach so vielen Heimsuchungen alles Glück zu wünschen, und Sie, Madame, zu beglückwünschen, da Sie eine wahre Cornelia in Ihrem heroischen Warten waren. (Fr. v. Bouhelin-Lepelletier war schon, als Humbert 1871 verurtheilt wurde, die Braut desselben.) Nach beendeter Ceremonie forderte der Bürgermeister die, welche den Heirathact unterzeichnet wollten, auf, sich in sein Cabinet zu begeben, welches die Sakristei der Bürgermeisterei sei. Die Braut wurde bei ihrem Auf- und Abfahrt mit jubelnden Zusagen begrüßt.“

Großbritannien.

Aus London, 30. Oct. Die Absicht Russlands, Mero zu besiegen, wird nun in Petersburg zugegeben; es sei,

so belehren uns die soeben hier eingetroffenen russischen Blätter, ein Schachzug gegen die Befreiung Afghanistans. Der russische Vormarsch erfolgt daher ohne Unterbrechung, stößt aber bei den mit Waffen neuer Systeme versehenen Turkomanen auf energischen Widerstand, welche den Russen aus ihren Verstecken und Hinterhalten heraus empfindliche Verluste beibringen.

In dem sonst so ruhigen Amtszimmer des Mansionhouse, in welchem der Lord-Mayor von London über die vor ihn gebrachten Bürger der City zu Gericht sitzt, hat gestern eine Scene stattgefunden, wie sie in den Annalen dieser an Ereignissen aller Art so reichen Stadt geradezu unerhört ist. Die londoner Polizei hatte nämlich an den Schaufenstern eines in hohem Ansehen stehenden Buchhändlers der City einige Photographien von Julius in der Tracht ihres Landes, d. h. im Naturzustande, aufgehängt gehalten und auf Befehl des darob sittlich entrüsteten Chefs der Polizei einige Exemplare davon gekauft, um sie als Schuldeweis für die Immoralität des Buchhändlers auf den Gerichtstisch des Lord-Mayors niederzulegen. Bei den Verhandlungen selbst entspann sich zunächst eine Debatte über die Frage, ob die Bilder eine genaue Wiedergabe des Zustandes seien, in welchem Bulzmännlein und -Weiblein in ihrem Lande spazieren gehen. Zur Beantwortung dieser wichtigen Frage waren eine Menge Zeugen aufgeboten worden, welche längere Zeit im Lande der Bulus zugebracht, darunter Berichterstatter des Standard, der Illustrated London News etc.; sie bestätigten alle die treue Wiedergabe nach der Natur. Nachdem diese Frage also glücklich gelöst, stellte der in Punkte der Moralität sehr feinfühlende Lord-Mayor die weitere Frage, ob die ausgestellten Julius Männer oder Frauen seien. Eine sehr erhitzte Debatte brachte Licht auch in diese dunkle Materie. Nach einem ganz ungewöhnlich heftigen Wortwechsel zwischen Bertheidiger und Lord-Mayor erfolgte sodann die Freisprechung des Angeklagten. Und nun kommt der Standal: der Verleger der Photographien, der Vertreter einer der größten photographischen Gesellschaften Londons, bekleidet nämlich die hohe Würde eines londoner Gemeinderathes.

Dr. Nottage, so ist sein Name, tritt auf den Kampfplatz, um sich gegen die auf ihn gemachten Angriffe des Lord-Mayors zu verteidigen. „Schweigen Sie“, schreit ihm der Lord-Mayor zu; das Publikum, welches Partei für den Angeklagten und den Gemeinderath ergriffen hatte, bricht in lautem Bischof aus. „Ich bestehe auf meinem Recht, als Gemeinderath von London hier gehört zu werden“, erwidert Dr. Nottage. Lauter Beifall begleitet diese Worte. „Schutzmannschaft, thut eure Pflicht“, schreit wutschraubend der Lord-Mayor. Dem Befehl wird keine Folge geleistet. Der Raum wächst. Der Lord-Mayor verläßt den Saal unter Murren, Bischof und den Rufen „Schande“, kommt aber bald wieder zurück, und verlangt, daß der Saal geräumt werde. Die Gegenvorstellungen sind im Saale unhörbar. Hierauf ruft der Gemeinderath von London mit lauter Stimme dem Lord-Mayor zu: „Im Namen der Bürger Londons klage ich Sie an, Ihre Pflicht verlegt und Schande über das Amt gebracht zu haben, das Sie verwalten.“ Nach diesen Worten, bei denen ein Beifallsgeschrei die Lust erfüllte, setzte endlich der Lord-Mayor seinen Willen durch, daß der Saal geräumt werde, und machte dem nie dagewesenen Standal damit ein Ende.

Rußland.

Der Golos und die russische Sanct-Petersburger Zeitung bringen heftige Artikel gegen Deutschland. Der erstere weist die Andeutung, als habe Russland gegen Deutschland gerichtet, zurück; im Gegentheil müsse Russland einen Angriff fürchten von der in neuerer Zeit so stark befestigten deutschen Ostgrenze aus. Die russische Sanct-Petersburger Zeitung macht der russischen Regierung Vorwürfe, daß sie die Einigung und Erstärkung Deutschlands zugelassen habe.

Königreich Sachsen.

Aus Dresden vom 31. Oct. berichtet das Dresden Journal: „Im Auftrage Sr. Maj. des Königs überbrachte der königliche Hilfadjutant Oberstleutnant v. Mindwig Sr. Exc. dem General der Infanterie a. D. v. Schreibershofen aus Anlaß seines heutigen Jubiläumstages ein allerhöchstes Handschreiben nebst den Insignien des Haussordens der Rautenkron.“

Zu der für den 1. Nov. in Gemäßigkeit der Vorschrift des §. 106 der Rechtsanwaltsordnung nach Dresden einberufenen ersten Versammlung der Anwaltskammer im Königreiche Sachsen, welche sich mit der Wahl des aus neun Mitgliedern zu bildenden Vorstands der Kammer beschäftigte, hatten sich im Schwurgerichtsaale des neuen Landgerichtsgebäudes 216 sächsische Rechtsanwälte eingefunden. In Stellvertretung des amlich behinderten Präsidenten des Oberlandesgerichts Dr. v. Weber führte der Senatspräsident des Oberlandesgerichts Fr. Clemm den Vorsitz. Es wurden gewählt die Herren Rechtsanwalt Körner in Zwickau (mit 213 Stimmen), Justizrat Dr. Schaff-

rath in Dresden (mit 207), Justizrat Ulrich II. in Chemnitz (mit 207), Justizrat Aßhütz in Leipzig (mit 206), Rechtsanwalt Götz in Leipzig (mit 198), Justizrat Kohlschütter in Dresden (mit 197), Rechtsanwalt Seehausen in Bautzen (mit 192), Rechtsanwalt Blüher in Freiberg (mit 168) und Finanzprocurator Stummel in Plauen i. B. (mit 166 Stimmen).

Der „Deutsche Reformverein zu Dresden“, der sich am 1. Nov. constituierte, „zeigt jetzt“, wie die Dresdner Zeitung schreibt, „sein wahres Gesicht. In den beiden Localblättern macht das Gründungscomité bekannt, daß aufnahme- und zutrittsfähig nur solche sind, welche einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören“. Also förmlicher Ausschluß der Israeliten! Als spiritus agens des Vereins nennt die Dresdner Zeitung den Schneiderabenddirector G. A. Müller. In dem Programm wird (nach derselben Quelle) als Hauptaufgabe des Reformvereins bezeichnet: der Feldzug gegen die „mit besondern Privilegien ausgestattete Möglichkeit der Kapitalanhäufung in wenigen Händen“.

* Leipzig, 3. Nov. Von einigen 20 Innungen, Corporationen und Vereinen unserer Stadt ergeht im Tageblatt die Einladung zu dem auf heute (Abend 8 Uhr) in der Centralhalle zu Ehren des Reichsgerichts veranstalteten „Bürgerabend“. Willkommen dabei sind „alle, welche vereint mit den Verantwortlern der Freiheit der Freude über die Schaffung der deutschen Rechtseinheit Ausdruck geben wollen“. An einer lebhaften Belebung seitens der Bürger- und Einwohnerschaft Leipzigs ist nicht zu zweifeln.

* Leipzig, 3. Nov. Infolge des leitjährigen Preisaußschreibens der Universität erwarben Preise in der philosophischen Facultät die Studirenden Buchholz aus Schulspalte, Horn aus Crimmitschau und Leuckart aus Leipzig. Ein Bewerber um den theologischen Preis, Student Selb aus Meiningen, ward mit Lob genannt und zu einer Gratification empfohlen. In der juristischen und der medicinischen Facultät wurden keine Preise ertheilt.

* Leipzig, 3. Nov. Die hiesige Gemeinnützige Gesellschaft kündigt ihre Vorträge für diesen Winter an, die, beiläufig gesagt, ebenso wie ihre sonstigen Versammlungen, diesmal in dem großen und schönen Local des Kaufmännischen Vereins stattfinden werden. Es sind folgende: „Die dauernden Früchte der Kunstmuseumausstellung“ (Berichterstatter Baurath Lipsius; Dienstag, 4. Nov.). „Die Reform unserer Armenverwaltung“ (Berichterstatter Professor Dr. Bach). „Die Wassererversorgung unserer Stadt“ (Berichterstatter Ingenieur Thiem-München). „Selbstbeschäftigung und Hausleistung, mit Bezug auf die Clauson-Kaaschen Bestrebungen“ (eingeleitet durch Henr. Lammers-Bremen). „Die Ergänzung des Haftpflichtgesetzes“ (Berichterstatter Professor Dr. Biedermann und Reichsgerichtsanwalt Sachs). „Die Buchergesetze“ (eingeleitet durch Oberstaatsanwalt Dr. v. Schwarze). Ferner hat das Vorstandsmitglied Reichsgerichtsrath Wiener einen Vortrag über „die neuen Justizgesetze“ in Aussicht gestellt; ebenso Generalconsul Ministerialrath Dr. v. Scherzer und Professor Dr. Friedberg über noch näher zu bestimmende Gegenstände, endlich Oberbürgermeister Dr. Miquel-Snabrück (unter der Voraussetzung, daß die Landtagsgeschäfte ihm Zeit lassen) einen Vortrag über „das Innungswesen“.

* Leipzig, 3. Nov. Der hiesige Volksverein eröffnete am 1. Nov. die Reihe seiner größern geselligen Vereinigungen (mit Vorträgen), die in diesem Winter möglichst regelmäßig alle 14 Tage und zwar Sonnabends (im Saal des Hotel-de-Saxe) stattfinden sollen. Nachdem der Vorsitzende des Vereins, Professor Dr. Bach, einige geschäftliche Mitteilungen gemacht (unter anderm, daß am 18. Nov., als dem Tage der Constituierung des Vereins, eine Art von Gedächtnissfeier mit einer Rede des Vorsitzenden, das eigentliche Stiftungsfest des Vereins dagegen erst im Januar stattfinden wird) und nachdem die Sänger des Vereins einige Lieder vorgetragen, hielt Professor Dr. theol. Hofmann einen sehr interessanten culturgeschichtlichen Vortrag über den früheren Zustand der Volksschule (vor und im Reformationszeitalter), aus dessen Einleitung zugleich mit Befriedigung zu ersehen war, daß die vom Volksverein veranstalteten populären Vorträge und Lehrcurse sich äußerst lebhaft Theilnahme erfreuen und daß bei allen Besuchern derselben ein höchst lobenswerther, ernster und strebamer Geist sich zeigt. Auf den Vortrag folgten wieder Gesänge. Auch diese bewiesen in erfreulichster Weise, wie rüstig die Vereinsgenossen auf allen Gebieten des Lebens und der Übung ihrer Kräfte vorwärtsstreben, wie erfolgreich aber auch Dr. Salzmann, der diese Gesangesübungen leitet, in kurzer Zeit überraschend glückliche Ergebnisse zu erzielen verstanden hat.

* Leipzig, 3. Nov. Am 1. Nov. beginnt die hiesige Verlagsbuchhandlung Georg Wigand ihr fünfzigjähriges Jubiläum. Im Jahre 1829 in Goschau von Georg Wigand begründet, siedelte sie 1834 nach Leipzig über, wo sie noch jetzt unter der Leitung von Martin Wigand, jüngstem Sohne des 1858 verstorbenen

benen Begründers, besteht und blüht. Unter den wertvollen Publicationen, besonders auch illustrierten, die aus ihr hervorgegangen, sind vor allem zu nennen: „Schnorr's Bilderbibel“, „Das illustrierte Nibelungenlied“ (im Verein mit Otto Wigand), das „Malerische und romantische Deutschland“ u. c. Mit den namhaftesten Künstlern: Schnorr, L. Richter, Bendemann, Hübner, Bürkner, v. Der ic. trat sie in engste Beziehungen. Georg Wigand selbst war nicht bloß ein äußerst rühriger und intelligenter Verleger, sondern auch vielfach gemeinnützig thätig im bürgerlichen und öffentlichen Leben.

Aus Chemnitz vom 2. Nov. berichtet das Chemnitzer Tageblatt: „Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß der vom Johanniskirchenvorstande zum zweiten Diaconus an Sanct-Johannis hier erwählte Pastor Trebitsch aus Lieffurth vom Landesconsistorium nicht bestätigt, sondern zurückgewiesen worden ist, weil derselbe in seinem Examen, welches er vor dem Landesconsistorium in Dresden zu bestehen hatte, nicht die erste, sondern die dritte Censur erhalten habe, während nach einer alten Bestimmung Nichtsachsen nur dann zum geistlichen Amt zugelassen werden sollen, wenn sie die erste Censur erhalten.“

Handel und Industrie.

* Gotha, 1. Nov. Ziehung der bulgarischen Prämienanleihe. Gejogene Serien: 148, 248, 340, 502, 857, 943, 1015, 1191, 1221, 1257, 1276, 1506, 1751, 1772, 1791, 1990, 2077, 2108, 2162, 2333, 2548, 2703, 2860, 3239, 3347, 3366, 3458, 3682, 3958, 4092, 4187, 4208, 4306, 4309, 4426, 4567, 4615, 4766, 4889, 4933, 4956, 4958, 5083, 5167, 5356, 5516, 5684, 5750, 6094, 6247, 6324, 6485, 6625, 7067, 7225, 7244, 7271, 7377, 7386, 7391. Haupttreffer 100000 Frs. Nr. 12 Serie 2860, 25000 Frs. Nr. 98 Serie 3682, 5000 Frs. Nr. 97 Serie 7271, je 2000 Frs. Nr. 14 Serie 1276, Nr. 93 Serie 2017, Nr. 10 Serie 4208, je 1000 Frs. Nr. 109 Serie 2162, Nr. 15 Serie 3682, Nr. 49 Serie 4306, Nr. 88 Serie 6485, Nr. 12 Serie 7225.

* Bremen, 1. Nov. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,65, per December 7,80, per Januar 7,90, per Februar-März 7,99.

* Antwerpen, 1. Nov. Des katholischen Festages wegen heute kein Getreide- und Petroleummarkt.

* Glasgow, 1. Nov. Die Vorräthe vor Roheisen in den Stores belaufen sich auf 357600 Tons, gegen 199500 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen 94 gegen 88 im vorigen Jahre.

* Liverpool, 1. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsetz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest. Upland Wool 1/2 D. niedriger. Widdl. amerikanische November-December- und Januar-Februarlieferung 6 1/2, D. Amerikanische schloß gestern 1/2 D. niedriger.

Lotterie. * Leipzig, 3. Nov. In der heutigen ersten Ziehung 5. Klasse 96. königlich sächsischer Landeslotterie stehen folgende Gewinne auf die beigelegten Nummern: 5000 M. auf die Rn. 7390, 18158, 64135, 86990, 97124; 3000 M. auf die Rn. 355, 2352, 5377, 5859, 7375, 11828, 12875, 23128, 23491, 24207, 25617, 25904, 30423, 40285, 43297, 45958, 53127, 58415, 65428, 67837, 71706, 72299, 77900, 82325, 84127, 86479, 90551, 94513, 95112, 97030, 1000 M. auf die Rn. 1124, 2822, 10084, 10487, 16276, 17180, 17671, 20021, 20470, 22420, 25114, 25146, 26574, 28759, 30512, 31170, 32736, 32981, 36217, 38304, 38902, 40882, 43730, 43902, 52007, 56824, 69851, 70450, 73048, 74754, 75655, 77428, 79662, 81638, 81864, 88831, 84465, 85506, 85526, 86741, 90701, 94675, 95528, 98916, 500 M. auf die Rn. 42, 1077, 1652, 2272, 4039, 5110, 9117, 12160, 13286, 13477, 15118, 17117, 24196, 25165, 27420, 28019, 30154, 35747, 36009, 36363, 37136, 39566, 40045, 46997, 49115, 51054, 51496, 58984, 54070, 54179, 55593, 57182, 57891, 60198, 62997, 64829, 68121, 69226, 69706, 75304, 87795, 89962, 91233, 94352, 94823, 95454, 98228.

Börsenberichte.

* Berlin, 3. Nov., 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs, Ost. Creditact. 467,50, Ost.-Franz. Staatsb. 459,—, Ost. Südbahn (Comb.) 144,50, Berg.-Märk. 92,—, Köln-Münchener 142,60, Galiz. Karl.-Ludwigsb. 104,75, Rhein. 146,75, Rumän. 43,75, Disconto-Comm. 172,40, Königs- und Laurahütte 91,50, Ost. Post v. 1860 125,50, do. Goldrente 70,—, do. Silberrente 61,50, do. Papierrente 59,10, Russ. Akt. v. 1877 88,75, do. Bankn. 214,25, Deutsche B. 131,50, Ung. Goldrente 81,50. Tendenz: Realisierungen.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Ost. Creditact. 269,30, Ost.-Franz. Staatsbahnact. 264,—, Ost. Südbahn (Comb.) 94,30, Galiz. Karl.-Ludwigsb. 241,20, Ost. Goldrente —, Deutsche Marknoten 57,57, Raiffeisenb.-B. 9,29 1/2, Tendenz: schwankend.

* Berlin, 1. Nov., 3 Uhr 15 Min. Jonds. Deutsche Reichsanleihe 97,25, 4proc. preuß. consol. Akt. 97,—, 4proc. sächs. Rente 74,20, Ost. 1860er Post 125,—, do. Papierrente 59,30, do. Silberrente 61,40, do. Goldrente 70,—, Ungar. Goldrente 82,50, russ. consol. 4proc. Anleihe 1877 88,90, do. Prämienakt. 154,—, do. Orientakt. II 60,10.

Banknoten. Allg. Deutsche Creditanst. 145,10, Chemn. Bank. 88,25, Darmst. Bl. 139,90, Deutsche Bl. 132,25, Deut. Reichsb. 163,25, Disconto-Comm. 174,40, Dresd. Bl. 120,—, Geraer Bl. 95,—, do. Handels- u. Creditbank 49,50, Gothaer Bank 97,50, Leipziger Discontoges. 80,—, Meininger Creditanst. 82,75, Sächs. Bl. 111,75, Schön. Bank. 22,—, Thür. Bl. 190,—, Weimar. Bl. 39,—, Osterr. Creditanst. 473,—, Berl. Handelsges. 78,10, Prag. Dux I 43,25, Pilsen-Priesen 44,—.

Industrieactien. Gelsenkirchen 113,80, Königs- u. Laurahütte 91,90.

Eisenbahnaction. Auffig.-Teplitzer 171,—, Berlin.-Potsd.-Magdeb. 93,40, Berlin.-Stettin 108,90, Bresl.-Schweidn.-

Freib. 88,25, Halle.-Sorau.-Guben 14,—, Magdeb.-Halberst. 141,50, Mainz-Ludwigsb. 79,40, Oberfl. La. A 168,—, Ost. Nordwestb. 247,50, Prag.-Turnauer 42,—, Rechte Oberfl. 183,—, Rumänier Stammact. 44,60, do. Stammpr. 102,50, Thür. 143,50, Weimar.-Gera Stammpr. 21,25, — Berg.-Märk. 92,—, Berlin.-Auh. 100,50, Rösl.-Wind. 142,40, Galiz. Karl.-Ludw. 105,20, Franzosen 460,50, Lomb. 145,—, Rhein. 147,—.

Sorten. Rapoleonb.-B. 16,14, Ost. Banknoten 173,80, Russ. Bankn. 215,10, Ost. Silbergulden —.

Wechsel. Amsterdam f. S. 168,15, do. 2 M. 167,35, Belg. Bankf. 10 Tage 80,45, do. 2 Mon. 80,—, London kurz 20,325, do. 3 Mon. 20,22, Paris f. S. 80,65, Petersburg f. S. 214,40, do. 3 M. 212,10, Warschau f. S. 214,50, Wien f. S. 173,70, do. 2 M. 172,60.

* Frankfurt a. M., 1. Nov. Schlußcurse: Londoner Wechsel 20,330, Wiener Wechsel 173,70, 4proc. Sächsische Rente 74 1/4, Ost. Goldrente 69 1/4, Ungar. Goldrente 82 1/4, Russ. Orient.-Akt. II. 60 1/4, Rösl.-Wind. 142 1/4, Galizier 208 1/4, Ost. Ludwigsbahn 79 1/4, Lombarden 72 1/4, Staatsb. 229 1/2, Darmst. Bankact. 189 1/2, Meininger 84, Osterr. Creditact. 235 1/2.

* Hamburg, 1. Nov. Silberrente 61 1/4, Goldrente 70, Creditact. 234 1/4, 1860er Post 125 1/4, Franz. 573 1/4, Lomb. — Ital. Rente 77 1/2, 1877er Russen 88 1/2, Vereinskant. 120 1/2, Laurahütte 91 1/2, Commerzbahn 116 1/2, Norddeutsche 151, Intern. Bl. — Amerik. 95 1/2, Köln.-Bl. 142 1/2.

* Europa, 1. Nov. abends. Wechsel auf London in Gold 4,80, Wechsel auf Paris 5,23 1/2, 4proc. 5/20er Bonds 102 1/2, 1877er Bonds 102 1/2, Griechen 41 1/2.

Leipziger Productenbörsé vom 3. Nov. Witterung: Regen. Spiritus loco 56 G.; unverändert.

* Leipzig, 3. Nov. Die Börse zeigte heute einen etwas reservierteren Charakter; Berlin hatte schwächere Haltung infolge von Realisierungen gemeldet, Wien vermochte sich gleichfalls einer Ermattung nicht zu erwehren und auch von den übrigen Plätzen lauteten die Berichte nicht sonderlich animirend. Daher kam es, daß heute nur v. reinzelne Papiere eine bemerkliche Vorzugung fanden und daß die Umsätze sich weniger umfangreich gestalteten als am Sonnabend. Die Tendenz bewahrte jedoch ihre seitherige Festigkeit; denn während Kursschwächungen nur sehr vereinzelt wahrzunehmen waren, trat die gegenwärtige Erscheinung mehrfach an.

Das Geschäft in Staatsfonds war von sehr mäßigem Umfang. Deutsche Reichsanleihe stellte sich eher eine Kleinigkeit schwächer, Rente ebenfalls eine Kleinigkeit nachgebend. Österreichische und Ungarische Renten niedriger.

Börsen ruhig und wenig verändert. Sehr fest waren Bauschlehrader A und B, erstere steigend und beide sehr belebt; Auffig.-Teplitzer anziehend, ebenso Anhalter, während Böhmische Verbindl. und Thüringer, ferner Rumänier etwas nachgeben muften. Graz.-Käflisch fest.

Von Stammpräferenzen erhöhten Kohlmarkt-Halberstberg ihren Curs um 50.

Banknoten recht fest und in gutem Verkehr. Leipziger Credit förmlich stark geführt, Coburger besser, Geraer Bank rapid steigend, Dresdner Bank anziehend, Geraer Credit sehr fest, ebenso Gothaer, Weimarer und Sächsische Bank.

Industrieactien wenig verändert, Gohliser wurden zu leichter Notiz schlank weggenommen.

Prioritäten in mäßigem Umfange.

Neueste telegraphische Depeschen.

* London, 3. Nov. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Konstantinopel vom 2. Nov. gemeldet: „Layard wurde von einem Minister über die Ankunft eines englischen Geschwaders in türkischen Gewässern interpellirt; er äußerte, daß Geschwader werde vorläufig unbeständig in Burla bleiben, könne aber später leicht nach einem andern Punkte sich begeben, da England der Unterdrückung der Christen in den asiatischen Provinzen der Türkei nicht ruhig zusehen könne und auf der Durchführung der Reformen in denselben bestehen werde.“

* Sofia, 2. Nov. Die erste gesetzgebende Versammlung Bulgariens ist heute vom Fürsten mit folgender Thronrede eröffnet worden:

Als erster Fürst von Bulgarien begrüße ich mit Freude die erste gesetzgebende Versammlung. Nach großen und bewilligten Ereignissen auf den Thron des neu geschaffenen Fürstenthums gelangt, habe ich mich vor allem beeilt, dem grossherzigen Sarenbeyr für alle Wohlthaten, mit denen er unser Vaterland überhäuft hat, in meinem Namen und im Namen des Volkes, das mich zum Fürsten gewählt hat, Dank zu sagen. Ich habe geglaubt, auch allen Höfen der andern Großmächte einen Besuch abzustatten zu müssen, die die Existenz des bulgarischen Fürstenthums feierlich anerkannt haben. Die Eintrüke, die ich von dieser Reise zurückbringe, sind außerordentlich gläubige für das Schicksal meines neuen Vaterlandes und sehr ermutigend für mich selbst. Die so freundliche Aufnahme, welche ich überall gefunden habe, hat mich überzeugt, daß Bulgarien weit davon entfernt ist, der Sympathie des aufgelaufenen Europa beraubt zu sein, und daß es von uns allein abhängen wird, künftig die Wünsche zu verwirklichen, welche man hegt für einen regelmäßigen und friedlichen Fortschritt unserer Nation.

Bei meiner Ankunft in Bulgarien von allen Bevölkerungskreisen mit Enthusiasmus und Liebe empfangen, habe ich den Thron bestiegen, besiegelt von dem glühenden Wunsche, mit allen meinen Kräften zu arbeiten an dem Wohle meines Vaterlandes. Bei dem Besuch, den ich dem größten Theile des Fürstenthums würdig abgestattet habe, habe ich mit einer wahrhaften Genugthuung die große Liebe und Anhänglichkeit wahrgenommen, welche die Bevölkerung meiner Person entgegenbringt und ich bin glücklich, durch Ihre Vermittelung der ganzen Nation noch einmal meinen Dank dafür aussprechen zu können. Ich habe bei diesem Besuch selbst Gelegenheit gehabt, die Bedürfnisse des Volkes kennen zu lernen, welche der beständige Gegenstand meiner Fürsorge sein werden. Meine Regierung steht vollständig die tiefe Dankbarkeit und die unbegrenzte Berechnung, welche ich und mein gesammtes Volk für den Zar-Befreier hegen,

und ist, meinen Ideen sich anschließend, bemüht gewesen, die Sympathien der europäischen Mächte zu erhalten und zu befestigen.

Zu meiner großen Genugthuung kann ich die guten und freundschaftlichen Beziehungen constatiren, welche meine Regierung mit den benachbarten Staaten angelaufen hat. Ich bin bei meinem jüngsten Besuche in Rumänien von dem Fürsten und von der Bevölkerung mit Zeichen von großer Sympathie für meine Person und für das bulgarische Volk empfangen worden, ich betrachte diese Beziehungen als eine Garantie für die Aufrechterhaltung der zwischen den beiden benachbarten Vändern bestehenden guten Beziehungen. Ebenso habe ich von dem Fürsten von Serbien und von seinen Untergliedern erhalten, von denen die Fürst von Serbien demnächst einen Besuch abzustatten, und rechte darauf, dem Fürsten persönlich ausdrücklich zu bezeichnen, welche Wichtigkeit ich den freundschaftlichen und böhmerischen Beziehungen beilege, die meine Regierung bemüht ist zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die Situation an der Grenze, welche ungünstig festgesetzt war und zu der Zeit, wo meine Regierung eingelebt wurde, sich vollzeitig getroffenen Maßregeln, geltend.

Die Schwierigkeiten sind leicht einzusehen, mit denen eine neue Regierung zu kämpfen hatte, welche eben zu einem neuen politischen Leben berufen worden war und welche sich in constitutionellen Formen organisierte sollte; alle einzelnen Verwaltungswege machten eine Weiterentwicklung und eine Neugründung nothwendig. Gleichwohl ist es in der kurzen Zeit, während welcher meine Regierung funktionirt, mehrere Gesetzentwürfe ausgearbeitet, welche Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Es sind dies Gesetzentwürfe 1) über die administrative Eintheilung des Landes, 2) über die Communalverwaltung, 3) über die Organisation der Verwaltung, 4) über Gendarmerie, 5) mehrere Gesetze und Reglements zur Organisation der Telegraphenverwaltung und zum Bau neuer Communicationswege, 6) über den Telegraphentarif, 7) die Vorlage von Conventions mit den Nachbarländern über die Post- und Telegraphenverbindung, 8) ein Gesetzentwurf über die Kirchenverwaltung in dem Fürstenthum auf der Basis der durch die Constitution verheißen Einheit der bulgarischen Kirche, 9) über die bulgarischen Münzen, 10) über Gewichte und Maße, 11) betreffend die Ausfertigung über die arg verwüsteten Länder, (12) betreffend die Bergwerke, 13) über die Grundsteuer und über die Erhebung der directen Abgaben, 14) über die Presse, 15) betreffend eine neue Gerichtsorganisation, 16) über die Einführung von Friedensrichtern und die Übertragung einiger gerichtlichen Befugnisse an die Gemeindewerthe, endlich 17) über eine vollständigere und endgültige Organisation des Cassationshofes.

Die in Vielzahl bestehenden Reglements über den öffentlichen Unterricht müssen abgeändert und in einer Ordnung classifiziert werden, welche den Bedürfnissen des Volkes besser angepaßt ist. In dieser Richtung wird Ihnen meine Regierung einen besondern Gesetzentwurf vorlegen, welcher auch der Gründung einer Rechtsschule handelt. Andere Gesetzentwürfe und Vorlagen, unter denen sich eine solche über Eisenbahnen befindet, sind in Vorbereitung. Die gewaltige Macht des Landes ist auf festen und dauerhaften Grundlagen hergestellt worden; im Interesse des Staates ist zu wünschen, daß das Prinzip der obligatorischen Militärdienstpflicht die weiteste Anwendung finde und daß hierbei nur diejenigen Ausnahmen zugelassen werden, welche von einer absoluten Nothwendigkeit sind. Das Ziel, das noch zu erreichen übrigbleibt, besteht in der möglichsten Verstärkung der Armee in der Kriegskunst und in der Entwicklung der Prinzipien der Ordnung und der Disciplin, damit die Armee zu einer Stütze für die Sicherheit des Staates werden könne. Die Armee wird dann gleichzeitig zu einer Schule für die Bevölkerung werden, welche bereits im Besitz der bürgerlichen Freiheiten, sich wird durchbringen lassen können von jenem Geiste der Geschicklichkeit und Ordnung, der für die Entwicklung eines Staates und eines Volkes unentbehrlich ist.

In dem östlichen Theile des Landes war nach dem Abmarsch der kaiserlich russischen Armee eine Art von Räuberunwesen ausgebrochen, welches große und gefährliche Dimensionen anzunehmen drohte. Meine Regierung sah sich, um bei dieser Sachlage dem Lande die Möglichkeit zu seiner ruhigen Entfaltung zu gewähren und um zugleich jedem Anfall vorzubereiten, in die Nothwendigkeit versetzt, über die Provinz Varna und über einige Theile von Russland und Turnovo den Belagerungszustand zu verhängen. Obgleich die Ru

